

7 Tagesordnung

Beginn Tagesordnung: 13:28 Uhr

Bürgermeisterin **Kahr**:

Dankeschön, wir sind nun am Ende mit der Fragestunde und ich darf Sie bitten, geschätzte Kolleginnen, die Tagesordnung zur Hand zu nehmen. Ich möchte mich auch bei den Klubobleuten wieder bedanken, dafür, dass sie auf einige Punkte sich geeinigt haben, die wir en bloc abstimmen können.

Gemeinderätin **Braunersreuther**:

Elke, ich bitte um eine kurze Unterbrechung, bevor wir mit den Tagesordnungspunkten, der Tagesordnung beginnen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ist das jetzt zur Geschäftsordnung, oder was?

Gemeinderätin **Braunersreuther**:

Quasi zur Geschäftsordnung, ich möchte mich nicht zur Geschäftsordnung melden, ich möchte, glaube ich, aus gutem Grund ganz kurz unterbrechen. Wir möchten dir nämlich gratulieren in diesem Forum zum Titel der Weltbürgermeisterin des Jahres.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Nicht vorgesehen oder wenn mich jemand kennt, weiß man, dass das eigentlich nicht notwendig gewesen wäre, aber danke, trotzdem. Ich nehme das natürlich gerne so an und sage eigentlich das dazu, was ich eigentlich immer sage: Hätte es nicht viele Leute gegeben, die einem vertrauen, wären wir gar nicht in diese Situation gekommen.

Aber wir kommen nun, danke, zu den en bloc Abstimmungen. Und zwar sind das die Tagesordnungspunkte 3, ist einstimmig; 7, ebenso einstimmig; der Tagesordnungspunkt 13 und 14, sowie der Tagesordnungspunkt 18, alle einstimmig. Dann der Tagesordnungspunkt 20, nur gegen die Stimmen der KFG, und dann sind noch einstimmig angenommen Tagesordnungspunkt 22 und 23.

En bloc:

**7.1 Stk 3.) A2- 616/2024/0001 Wahl zum Europäischen Parlament am 9. Juni 2024
Aufwandsgenehmigung i.H.v. insgesamt EUR 920.000,-**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Aufwandsgenehmigung für die Abwicklung bzw Durchführung der Wahl zum Europäischen Parlament 2024 im Sinne des Motivenberichtes über insgesamt € 920.000,- wird erteilt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**7.2 Stk 7.) A8 - 205500/2022-43 Förderung der Errichtung Landeszentrale des
Österreichischen Roten Kreuzes**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Die Erhöhung und Erweiterung der Projektgenehmigung für die Jahre 2024-2027 von EUR 8 Mio. um EUR 7 Mio. auf EUR 15 Mio. wird erteilt,*

Verteilung der Kosten:

<i>2024</i>	<i>4,875 Mio.</i>
<i>2025</i>	<i>3,375 Mio.</i>
<i>2026</i>	<i>3,375 Mio.</i>
<i>2027</i>	<i>3,375 Mio.</i>

2. *Der VA 2024 - Kürzung um EUR 3,125 Mio. wird zugestimmt. Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2024 werden wie folgt geändert:*

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2024	EVA 2024
180	530000	1.777000	41803010	Rotes Kreuz LZ/Kap.trans. an private Org. o. Erwerbszweck	D.180301	-3.125.000	-3.125.000
180	970000	1.729000		Verstärkungsmittel		+3.125.000	+3.125.000

Die Budgetmittel für die Jahre 2025-2027 in Höhe von jeweils EUR 3,375 Mio. werden in SAP auf der oben angeführten Budgetkombination zur Verfügung gestellt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.3 Stk 13.) A 8/4-35624/2017 Straßenbahnlinie Reininghaus — Grenzberichtigungen Domenico-dell' Allio-Allee

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- *Die Stadt Graz tauscht und überträgt in das Eigentum der Wolfgang Denzel Aktiengesellschaft und diese übernimmt tauschweise in ihr Eigentum die im Teilungsplan GZ: 18273-3/22 der Vermessung Kukuvec ZT-GmbH als Trennstück 1 bezeichnete Teilfläche des GST Nr. 665/10, KG Wetzelsdorf, im Ausmaß von ca. 18 m², vorbehaltlich des dafür auch notwendigen Stadtsenatsbeschlusses für die Auflassung dieser Fläche aus dem Öffentlichen Gut der Stadt Graz.*

- *Die Wolfgang Denzel Aktiengesellschaft tauscht und übergibt in das Eigentum der Stadt Graz und diese übernimmt tauschweise in ihr Eigentum die im Teilungsplan GZ: 18273-3/22 der Vermessung Kukuvec ZT-GmbH als Trennstück 2 bezeichnete Teilfläche des GST Nr. 665/4, KG Wetzelsdorf im Ausmaß von gesamt ca. 1 m², vorbehaltlich des dafür auch notwendigen Stadtsenatsbeschlusses für die Übernahme dieser Fläche in das Öffentliche Gut der Stadt Graz.*
- *Der gegenständliche Grundtausch erfolgt unbeschadet des unterschiedlichen Flächenausmaßes wertgleich.*
- *Die Stadt Graz überträgt in das Eigentum des Landes Steiermark die im Teilungsplan GZ: 18273-3/22 der Vermessung Kukuvec ZT-GmbH als Trennstück 3 bezeichnete Teilfläche des GST Nr. 665/10, KG Wetzelsdorf im Ausmaß von ca. 28 m², vorbehaltlich des dafür auch notwendigen Stadtsenatsbeschlusses für die Auflassung dieser Fläche aus dem Öffentlichen Gut der Stadt Graz.*

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.4 Stk 14.) A 8/4 - 30364/2020 städt. Gdst. Nr. 1535/2, EZ 775, KG Jakomini, Dietrichsteinplatz 9, 9a — Feuerwache Ost Verzicht auf ein Fensterrecht zugunsten der Stadt Graz Antrag auf Zustimmung

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Graz macht von ihrer in Punkt II. der dem Übereinkommen vom 20.2./28.2.1957 angehefteten Beschreibung eingeräumten intabulierten Dienstbarkeit des Fensterrechtes hinsichtlich des Gdst.Nr. 1535/2, KG Jakomini, keinen Gebrauch und

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 15.02.2024

erteilt daher die ausdrückliche, unwiderrufliche Zustimmung, dass die Dienstbarkeit gelöscht wird, wenn der Abbruch der bestehenden Garagengebäude auf der Liegenschaft EZ 774, zeitgleich und akkordiert mit dem Abbruch der bestehenden Feuerwache Graz-Ost auf dem städt. Gdst. Nr. 1532/, KG Jakomini, erfolgt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.5 Stk 18.) ABl: 081836/2021 – 0001; A8-205500/2022-44 ABl „Planungsbeschluss Sport Mittelschule Graz — Eggenberg“

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Projektgenehmigung „Planungsbeschluss Sport Mittelschule Graz — Eggenberg“ in Höhe von Euro 2.500.000,- wird beschlossen.

Die Mittel verteilen sich in den Jahren 2024 bis 2025 wie folgt:

2024 Euro 1.800.000,-

2025 Euro 700.000,-

2. Der Budgetvorsorge in Höhe von Euro 1.800.000,- für 2024 wird zugestimmt.

Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt 2024 werden wie folgt geändert:

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2024	EVA 2024
340	212000	1.061000	13403190	SMS Graz - Eggenberg/ In Bau bef. Gebäude u. Bauten	D.340319	+1.800.000	
180	212000	2.346000		Investitionsdarlehen		+1.800.000	

Die entsprechenden Budgetmittel für das Jahr 2025 in Höhe von Euro 700.000,- werden auf der Kombination Finanzstelle 340/ Fonds 212000/ Finanzposition 1.061000/ HHP 13403190/ Deckungsring D.340319 in SAP zur Verfügung gestellt.

Die Bedeckung von Euro 2.500.000,- für 2024 und 2025 erfolgt durch eine Umschichtung im Investitionsfonds.

Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien hervor.

- 3. Die Stadt Graz trägt als wirtschaftlicher Bauherr die Investitionen und das Kostenrisiko. Für die Planungsleistungen wird die Gebäude- und Baumanagement Graz GesmbH (GBG) im Rahmen eines InHouse-Kundenauftrages als Generalunternehmerin mit der Umsetzung beauftragt.*
- 4. Nach Übergabe des fertig gestellten Bauprojekts erfolgt die Nutzung durch die Stadt Graz und die Verwaltung durch die Hausverwaltung der GBG, wobei die Betriebs- und Instandhaltungskosten von der Stadt zu tragen sind.*
- 5. Das Referat Hochbau der Stadtbaudirektion wird in allen Planungs- und Bauphasen die Projekte als Nutzerunterstützung, als Schnittstelle zu den städtischen Baufachabteilungen, und zur Sicherung des baukulturellen Anspruches der Stadt Graz beigezogen.*

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.6 Stk 20.) FIF--BGM-1105/2022-0001/01 Steirische Pfadfinder und Pfadfinderinnen Gruppe Graz 10, kurz Pfadfinder:innengruppe G10 Änderung Subvention für den Neubau in Bezug auf die Projektdauer und auf die Art des Baus Änderung des Zeitpunktes der Auszahlung von € 350.000, -- im LCF 2024 vom Amt der Bürgermeisterin

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Den Änderungen des Förderprojektes „Pfadfinderhaus Straßgang“, wie im Bericht angeführt, wird zugestimmt.

Die Bedeckung der erforderlichen Mittel von € 350.000, -- für das Jahr 2024 erfolgt im LCF des Amtes der Bürgermeisterin, reserviert in SAP/GeOrg unter der Beleg-Nr. 371005180 / Fonds: 061000 / Finanzposition: 1.777000 / Deckungsring: D 120004.

<i>Art der Förderung:</i>	<i>Projektförderung</i>
<i>Förderungsgegenstand:</i>	<i>Pfadfinderhaus Straßgang</i>
<i>Förderungswerber:in:</i>	<i>Steirische Pfadfinder und Pfadfinderinnen Gruppe Graz 10 „Pfadfinderinnengruppe G10“</i>
<i>Förderungszeitraum:</i>	<i>01.01.2023 — 31.07.2024</i>
<i>Förderungsbetrag:</i>	<i>€ 700.000, --(davon 350.000,00 bereits 2023 überwiesen)</i>
<i>Auszahlungstermin</i>	<i>prompt nach Beschluss GR</i>

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (Gegen KFG).

**7.7 Stk 22.) KFA-112387/2023 Fachverband Beförderungsgewerbe,
Wirtschaftskammer, Österreich Krankentransport, Gesamtvertrag,
Vertragsbeitritt**

Der Gemeinderat wolle:

*dem Vertragsbeitritt der Stadt Graz für die Krankenfürsorgeanstalt für die Beamten der
Landeshauptstadt Graz, zu der einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses
bildenden Beilage /A zwischen dem Fachverband für die Beförderungsgewerbe mit
Personenkraftwagen der Wirtschaftskammer Österreich und der Österreichischen
Gesundheitskasse geschlossenen Gesamtvertraglichen Vereinbarung vom 12.12.2023,
mit Wirksamkeit 01.01.2024, beschließen.*

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**7.8 Stk 23.) Präs. 011636/2003/0039; Präs. 009179/2003/0032 Gemeinsamer
Schulausschuss ing. Friedrich Schmiedl-Stiftung Vertretung der
Landeshauptstadt Graz**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Als Vertretung der Stadt Graz wird als Ersatzmitglied im Gemeinsamen
Schulausschuss anstelle von Frau GR" Manuela Wutte, MA nunmehr Frau GR
Hannah Vogel bestellt.*

2. *Als Vertretung der Stadt Graz wird als Ersatzmitglied in der Ing. Friedrich Schmiedl-Stiftung anstelle von Frau GR!" Manuela Wutte, MA nunmehr Herr GR Tristan Ammerer bestellt.*

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.9 Stk 1.) A10/6-138958/2023/0009 Neubenennung Wolfgang-Pucher-Gasse

(Berichterstatter: Lenartitsch, SPÖ)

Gemeinderat **Lenartitsch:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Stadtsenat, werte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, werte Zuseherinnen zu Hause und hier live.

Das erste Stück auf unserer Tagesordnung heute ist ein sehr bewegendes und im Ausschuss für Stadtplanung und Verkehr und Grünraum, der gestern dabei war, hat er gemerkt, dass ich sofort mich bewegt, dazu bemüßigt gefühlt habe, diese Stück bitte vortragen zu dürfen, weil ich einfach in dieser Gegend aufgewachsen bin und ich die Geschichte dieser Straße sehr gut kenne. Worum geht es? Es hat in Eggenberg einen Pfarrer gegeben, der sich nicht nur für die armen Menschen eingesetzt hat, sondern einfach für alle, die Unterstützung brauchen.

Und im Bezirk Lend gab es eine Gasse, die nicht gerade einen glücklichen Namen gehabt hat, weil man dort einfach notgedrungen einfach untergekommen ist, weil man vorher schon woanders gewohnt hat und sich es dort nicht mehr leisten hat können, beziehungsweise aufgrund einiger komplizierten Familienverhältnisse vielleicht dann dort nur mehr wohnen konnte.

Und wenn diese Menschen sich dann wo beworben haben und gesagt haben, wo sie wohnen, sind sie eigentlich schon abgestempelt worden und man hat schon gesagt, ok, dort wird es schwierig werden. Das war damals die Hessgasse.

Der Pfarrer Pucher hat es damals geschafft, diesen Straßennamen so quasi aus dem Stadtbild zu entsorgen und diese Straßen oder diese vier Häuser sind dann aufgeteilt worden in die zwei naheliegenden Straßen, die Laudongasse und die Starhemberggasse. Jetzt, wo der Pfarrer Pucher so quasi nicht mehr da ist, der auch sehr viele Auszeichnungen bekommen hat, finde ich es eine wunderschöne Geste und eine sehr tolle Geschichte, genau sein Lebenswerk dort, nämlich den Leuten, die dort

unterkommen und wieder neu starten können, einen komplett neuen Namen dieser Straße zu geben. Diese Straße soll ab nun Wolfgang-Pucher-Gasse heißen.

Mehr braucht man gar nicht mehr dazu sagen, außer dass ich euch darum bitte, dem Stück einstimmig zuzustimmen, weil es einfach ein Stück Lebenswerk eines besonderen Menschen ist.

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Die Gasse im Bezirk Lend bestehend aus dem Grundstück 2576 KG 63104 Lend wird benannt in*

Wolfgang-Pucher-Gasse

- 2. Die Erstellung der Texte für die Erläuterungstafel und der Langfassung erfolgt durch das Kulturamt.*

Bürgermeisterin Kahr:

Absolut, lieber Herr Gemeinderat Lenartitsch, ich darf mich kurz selbst vielleicht nur einige Worte dazu sagen. Ich möchte mich in erster Linie eigentlich bedanken, dass beim Kulturamt, Stadtvermessungsamt, beim Bezirk Lend und insbesondere auch der Vinzenzgemeinschaft, die allesamt unmittelbar, nachdem doch Wolfgang Pucher sehr unerwartet verstorben ist und natürlich sehr viele öffentliche Meldungen da waren, in welcher Weise wir ihn und sein Lebenswerk gebührend würdigen können. Ich den Vorschlag machen konnte, in Absprache eben mit allen Beteiligten und auch mit den Angehörigen genau diesen Weg zu gehen. Er ist Zeit seines Lebens 40 Jahre engstens mit diesem Ort verbunden gewesen. Nicht nur, dass er die Umbenennung der Hessgasse in die Laudongasse, sondern es ist auch zeitlebens, hat er sich den

Bewohnerinnen, den Kindern, den Jugendlichen oder den Familien, die allesamt es sehr schwer und nicht immer einfach haben, immer präsent gewesen. Alle, die Weihnachten feiern und Advent feiern, jedes Jahr, nämlich dort in der Laudongasse und Starhembergasse miterlebt haben, wissen von was ich hier rede.

Auf jeden Fall möchte ich mich ganz, ganz herzlich bedanken für diese unaufgeregte und ihm würdigende Anerkennung, wo ich glaube, dass er sich darüber freuen würde. Ich darf um weitere Wortmeldungen bitten, Tristan, Herr Gemeinderat Ammerer.

Gemeinderat **Ammerer**:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Bürgermeisterin, werte Stadtregierung, werte Öffentlichkeit, wir alle waren letztes Jahr tief betroffen, als wir vom Tod Wolfgang Puchers erfahren haben.

Wolfgang Pucher hat diese Stadt als manifestiertes soziales Gewissen geprägt und war uns allen ein Vorbild. Nicht nur als Pfarrer, als jemand, der sich in der Vinzenzgemeinschaft für Leute, die es wirklich schwer haben im Leben, eingesetzt hat, auch als Aktivist nur, um als Beispiel zu nehmen, gegen das unsägliche Bettelverbot, das gegen das er sich mit Leidenschaft eingesetzt hat. Wir alle können stolz sein, Wolfgang Pucher gekannt zu haben, als Bürger unserer Stadt gekannt zu haben. Ich glaube, wir können alle sehr froh sein, ihm mit dieser Benennung ein ehrendes Andenken zu schaffen, denn eine Straßenbenennung ist eine Ehrung, und die hat Wolfgang Pucher verdient wie kaum ein anderer. Danke.

Vorsitzwechsel – VizeBgm Mag. Schwentner übernimmt den Vorsitz (13.35 Uhr)

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Ich übernehme kurz den Vorsitz, jetzt gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, dann stimmen wir ab über das Stück. Wer ist für die Umbenennung? Das ist einstimmig. Gegenprobe, einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7.10 Stk 2.) A14-033220/2021/0023 16.32.0 Bebauungsplan „Kärntner Straße - Trattfelderstraße“ XVI. Bez., KG Webling

(Berichterstatterin: Würz-Stalder, Grüne)

Gemeinderätin **Würz-Stalder**:

Sehr geehrte Stadtregierung, sehr geehrte und liebe Kolleginnen und liebe Zuseherinnen auf der Tribüne und im Livestream, ich darf heute den einzigen Bebauungsplan in dieser Gemeinderatsitzung vorstellen: Bebauungsplan 16.32.0, Kärntnerstraße - Trattfelderstraße im Bezirk Webling.

Die Eigentümer in der Liegenschaft 307, 106 bis 108, 15 haben um die Erstellung eines Bebauungsplanes angesucht. Das Planungsgebiet weist gesamtheitlich eine Größe von 14700 Quadratmetern auf. Gewidmet im laut 4.0 Flächenwidmungsplan ist dieses Gebiet mit der Nutzungsüberlagerung Kerngebiet mit Gewerbegebiet und Einkaufszentrenausschluss mit einer Dichte, Bebauungsdichte von 0,5 bis 1,2. Die Kerngebietswidmung bezieht sich auf die Widmung des Kellergeschosses und des Erdgeschosses.

Der Bebauungsplan wurde in Abstimmung mit den betroffenen Abteilungen erstellt und auf Basis eines von der Stadtplanung erstellten Gestaltungskonzeptes. In der

Sitzung vom 24.05.2023 wurde die beabsichtigte Auflage dieses Bebauungsplanentwurfes dem Verkehrsausschuss der Information zugelangt und die Kundmachung der Auflage im Amtsblatt am 7.6.2023 verlautbart.

Die grundbücherlichen Eigentümerinnen der Grundstücke, die dieser Bebauungsplan betrifft, wurden angehört. Dieser Bebauungsplan ist über neun Wochen öffentlich aufgelegt, vom 8.6. bis zum 10.8.2023, und die öffentliche Informationsveranstaltung fand am 3.7.2023 statt. Es wurden einige Einwendungen eingebracht, die vordringlich die Höhenentwicklung betreffen haben, die Abstandsregelungen zu den angelagerten Grundstücken, auch Verkehrsthemen wurden aufgegriffen.

Hinsichtlich, es wurde auch eingewandt, dass die Bebauung entlang der Kärntnerstraße eine, für dieses Gebiet untypische, einem untypischen Bauungskonzept folgt. Dazu wurde die Einwendung behandelt und die Einwendungserklärung erklärt, dass laut Flächenwidmungsplan die Nutzungsüberlagerung Kerngebiet mit Gewerbegebiet mit einem maximalen Bebauungsdichtewert von 1,2 verordnet ist. Daran angrenzend befinden sich allgemeine, die Widmung allgemeine Wohngebiete mit der Bauungsdichte von maximal 0,6. Das heißt, hier kann es gar nicht zu einem einheitlichen Stadtbild kommen, denn die Grundlagen im Flächenwidmungsplan sind dafür nicht gegeben.

Man muss auch dazu ausgehen, dass die Kärntnerstraße insgesamt als eine stark ausgeprägte Verkehrs-, aber auch baulich genutzte Straße als Achse sozusagen im städtebaulichen Leitbild erstellt ist. Diese Achse sieht eine Straßenrandbebauung auch zum Schutze der dahinterliegenden mit niedriger Bebauungsdichte versehenen Wohngebiete.

Vielleicht nur ganz grundsätzlich, diese Form einer dichten Bebauung auf Gebieten, die mit höherer Dichte ausgewiesen sind, aber mit einem ähnlichen Bebauungsgrad versehen sind, wie die daran angrenzenden, bedeutet, dass hier in die Höhe gegangen werden muss. Das dient auch dem Bodenschutz und ist zu einer besseren Gliederung dienlich. Einige der Einwendungen haben aber auch eine Abänderung dieses

Bebauungsplanes geführt. Zum Beispiel wurde der Grenzabstand im Norden zur Trattfelderstraße vergrößert. Es wurde dort eine Pufferzone, die auch mit Bäumen versehen ist, vergrößert. Genauso wurden zusätzliche Baumsetzungen zum Westen hin an die angrenzende Wohnbebauung im Plan erkennbar gemacht.

Ein wesentlicher Punkt ist auch die Höhenzonierung, die sich jetzt auf die Mitte des vom Nord nach Süd-Verlauf auf die Mitte des Kärntner Straßen Verlaufs bezieht. Das heißt zur Trattfelderstraße ist das Bauwerk nun mit einer geringeren Höhe versehen, oder ist die zukünftige Bebauung, hat eine geringere Höhe. Man muss dazu sagen, der Mindestabstand eines möglichen siebengeschossigen Gebäudeteils beträgt nun 20 Meter nach Norden und 30 Meter nach Westen, was einen sehr hohen Abstand darstellt.

Die Parkplätze sind zum Großteil in Tiefgaragen unterzubringen. Die Anzahl der oberirdischen Parkplätze wird sich nach dem Nutzungsmix richten, der im ordentlichen Bauverfahren festgestellt wird, da sich diese Nutzung noch nicht festgelegt ist. Die Absicht besteht darin, eine gewisse Offenheit zu besitzen oder vorzusehen, damit die auch wirklich diese Erdgeschossbereiche genutzt werden. Demzufolge werden dann auch die Parkplätze eruiert. Wichtig dabei ist, dass pro fünf Parkplätzen ein Baum zu setzen ist. Das heißt, im ordentlichen Bauverfahren, Bauansuchenverfahren werden dann noch Aspekte, wie viele Bäume tatsächlich gepflanzt werden müssen, auf diesem Grundstück erörtert und verhandelt.

Der Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung stellt daher gemäß § 63 Abs. 2 steiermärkisches Raumordnungsgesetz 2010, den

Antrag

der Gemeinderat solle beschließen,

erstens den 16.32.0 Bebauungsplan Kärntner Straße, Trattfelderstraße, bestehend aus dem Wortlaut der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht und die Einwendungserledigungen zu beschließen.

Ich bitte um breite Annahme, im Ausschuss wurde dieser Beschluss einstimmig gefasst.

Originaltext des Antrages:

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. den 16.32.0 Bebauungsplan „Kärntner Straße — Trattfelderstraße“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und*
- 2. die Einwendungserledigungen.*

Gemeinderat Zirngast:

Geschätzte Frau Vorsitzende, geschätzte Kolleginnen und Kollegen und Zuhörerinnen und Zuseherinnen hier und im Livestream, ich mache es ganz kurz.

Ich möchte mich eigentlich nur bedanken einerseits bei den Anrainerinnen und Anrainer, dass sie sich Angebracht haben, Einwendungen gemacht und sich an die Stadtplanung gewendet haben und ich möchte mich auch bei der Stadtplanung bedanken, dass sie diese Einwände und Anregungen auch eingearbeitet haben, also namentlich der Sachbearbeitende, der Herr DI Dröscher-Mentil, und was im Zuge der, also, auch der Anregungen der Anrainer aufgekommen ist, ist, dass die Busse, also Flixbusse, aber auch andere Busse in Webling teilweise dadurch, dass sie sehr lange dort stehen und mit laufenden Motoren dort stehen, sehr unangenehm sind für die Anrainerinnen und Anrainer. Die Verkehrsplanung ist da auch schon dran und dafür möchte ich mir auch herzlich bedanken. Dankeschön.

Der Antrag wurde mehrheitlich (gegen KFG, NEOS, FPÖ, Lohr) angenommen.

**7.11 Stk 4.) A23-168934/2023/0006; A10/BD-085394/2019-0078 Photovoltaik
Masterplan Haus Graz Machbarkeitsstudie Erstes Umsetzungspaket 2024 —
2026 und Potential 2030**

(Berichterstatterin: Herlicska, KPÖ)

Gemeinderätin **Herlicska:**

Sehr geehrte Stadtregerung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Wir kommen jetzt zur Berichterstattung durch mich zum Stück Photovoltaik Masterplan Haus Graz, Machbarkeitsstudie und das erste Umsetzungspaket 2024 bis 2026 und auch eine Aussicht auf das Potential für den Horizont bis 2030.

Zur Ausgangslage, ich möchte jetzt euch ein bisschen in das Stück mit hinein begleiten und eine Übersicht über das geben, wie das zustande gekommen ist und was da der Plan ist, die Ausgangslage ist ja der von uns allen einstimmig beschlossene Klimaschutzplan im März 2022, wo man sich ja als Stadt Graz der Erreichung der Klimaneutralität unter gewissen Klimazielen verschrieben hat und im Zuge dessen sind 400 Maßnahmen bereits erhoben worden und beurteilt worden und eines davon ist eben dieses PV-Paket als Maßnahme, das auch kostennutzenmäßig wirklich dann die besten Qualifikationen mitbringt, was die Umsetzung betrifft und daher auch priorisiert wird, es ist also, darf da aus dem Gemeinderatsbericht zitieren, mit Abstand die sinnvollste Maßnahme gemäß dieser Betrachtungsweise, also Kosten nutzen Parameter sind da die Kosten in € je eingesparter Tonne CO₂ und genau unter dieser Betrachtungsweise wurde die Realisierung von PV-Anlagen als mit Abstand sinnvollste

Maßnahme erkannt. Es ist auch festzuhalten, dass der Stadtrechnungshof hier auch zustimmt, dass es, um diese Ziele zu erreichen, zu einer möglichst zeitnahen Umsetzung kommen muss. Das heißt, wir dürfen nicht mehr lange planen, sondern wir müssen jetzt wirklich mit der Implementation anfangen. Die Zielsetzung von diesem Masterplan ist in erster Linie die Eigenstromerzeugung auf eigenen Flächen der Stadt Graz. Dazu kann man sagen, dass das eine sehr großflächige Umsetzung ist und dass man den Gesamtstrombedarf der Stadt Graz mit 21 Gigawattstunden pro Jahr beziffert hat. Ein Potenzial ist eben hier da, dass wir künftig einen maßgeblichen Anteil dazu wirklich selbst erzeugen können.

Dazu hat man einmal das Potenzial erhoben, wie gesagt, das ist sehr großflächig, setzt sich zusammen aus einigen sehr großen Flächen in der Stadt Graz, also Freiflächen, und auch aus Potenzialen auf Dachflächen von eigenen Gebäuden in der Stadt Graz. Hier darf hier aus dem Ausschuss zitieren, das breiteste Projektteam ever gegeben, das daran beteiligt war, diese Dachflächen zu identifizieren, möchte mich an der Stelle auch bei allen im Haus bedanken, die daran beteiligt waren, das hier auf die Beine zu stellen, beteiligt waren, nämlich an der Erfindung der Standorte, die Wasserwirtschaft, die Holding-Abfallwirtschaft, der Flughafen Graz, die Energie Graz, der GPG, also das Gebäudemanagement und weitere Abteilungen und natürlich auch das Umweltamt, die Stadtbaudirektion, der Stadtplanungsamt und die Abteilung für Immobilien.

Also man sieht, man hat sich da wirklich konstruktiv zusammengesetzt, also danke hier an dieser Stelle. Das ganze Umsetzungspaket gliedert sich in mehrere Teilabschnitte, das erste Umsetzungspaket ist eben von 2024 bis 2026, hier wurden sehr große Flächen erhoben im Bereich der Wasserwirtschaft, im Bereich der Abfallwirtschaft, auch im Bereich von Parkhäusern, Flughafen und bei der Messe und da hat sie eben ergeben, hat hier schon ein geschätztes Potential oder eigentlich nicht geschätztes, sondern ein ermitteltes Potential von einer Leistung von 26.500 Kilowatt Peak, das ist ein ziemlich großes Paket, wenn man das so sagen darf, und vorrangig wird diese dort

erzeugte Energie oder Leistung dann direkt auch am Standort, vorzugsweise, beziehungsweise im Haus Graz, verbraucht werden. Es gibt hier drei Varianten, die man sieht. Das eine ist eine Variante, wo kein Überschuss anfällt. Da wäre dann möglich, einen bilanziell 11-prozentigen Anteil des Strombedarfs abzudecken. Die Variante 1, das ist, glaube ich, die präferierende, kann man jetzt so sagen, ist die Ausbaustufe 2024 bis 2026 mit bilanziell 33 % Abdeckung des Strombedarfs der Stadt Graz, was wirklich ein ganz großer Anteil ist. Die endgültige Ausbaustufe bis 2030 ergibt dann eben bilanziell 38 %.

Es wurde dann auch erhoben, ob es möglich ist oder wo es möglich ist, den Strom auch mit einer Direktnutzung zu verbrauchen. Da wurden ein paar Standorte auch analysiert. Es ist aber zu dem Schluss gekommen, dass es bei den meisten kostennutzenmäßig, also was Grabungsarbeiten, Leitungslegung betrifft, keinen Mehrwert hat. Allerdings wird es wahrscheinlich beim Rechenzentrum der Citycom eine Möglichkeit geben, bei den Bevorstehenden hier wirklich direkt vor Ort den Strom, den Erzeugten auch verbrauchen zu können. Das Ganze muss man sich natürlich dann auch anschauen. Was hat das aufgrund des Klimaschutzplans für eine Auswirkung auf die CO₂-Bilanz des Hauses Graz? Das heißt, entspricht einer Einsparung von 6.800 Tonnen CO₂-Äquivalenten. Das ist eine Reduktion von 16 % der CO₂-Äquivalente, Tonnenäquivalente gegenüber der Eröffnungsbilanz, also wirklich ein sehr großer Brocken. Genau, es gibt dann auch noch eine wirtschaftliche Analyse. Bei dem Ganzen wurde eben die Wirtschaftlichkeit bewertet über ein Free-Cash-Flow-Modell. Das heißt, hier werden die Errichtungskosten und andererseits die monetären Werte erzeugten elektrischen PV-Energie gegengerechnet.

Das ist sehr ausführlich. Ich empfehle auch allen, die sich noch näher damit beschäftigen wollen, sich die Machbarkeitsstudie, die auch als Beilage zu diesem Stück vorhanden ist, zu Gemüte zu führen. Das ist wirklich eine spannende Lektüre.

Dann hat sich eben aus dieser Wirtschaftlichkeitsanalyse ergeben, dass die mittleren Stromerstellungskosten hier mit einem durchschnittlichen Wert über alle Anlagen von € 10,08 pro Kilowattstunde gerechnet wurden. Da muss man sagen, am günstigsten sind da natürlich die Freiflächenanlagen, zum Beispiel beim Flughafen, im Vergleich zu den Dachflächen, einfach aus konstruktiven Gründen. In Relation dazu sieht man eine Entwicklung des Strompreises von 11,4 bis 15,8 Cent pro Kilowattstunde in den nächsten Jahren. Also, da kann man schon herauslesen, dass das ein wesentlicher Beitrag, was die Sicherheit, die Kosten und die Klimaschutzziele der Stadt Graz betrifft, bringen wird. Noch dann ein kurzer Ausflug in den Bereich Errichtung und Betrieb dieser Anlagen. Es wird so sein, dass der Betreiber und Eigentümer der jeweiligen Anlage immer die Organisationseinheit im Haus Graz sein wird, die auch diese Liegenschaft besitzt. Genau, die Beschaffung, also die Ausschreibung der PV-Anlagen, wird in Jahresranchen ausgeschrieben, um hier möglichst niedrige Preise zu erzielen. Die Betriebskosten werden auch von den zukünftigen Eigentümern der Anlage getragen. Die Finanzierung, kein unrelevanter Punkt, ist ja doch ein sehr großes Projekt, wird laufen über die Stadt Graz. Dabei wird über die Finanzdirektion eine Sonderfinanzierung erarbeitet werden und diese Investitionen werden dann in diesem Rahmen, in diesem Sonderprogramm, gesondert in den Wirtschaftsplänen ausgewiesen. Gut, ich könnte jetzt noch ewig weiter hieraus berichten, weil es...

Bevor das ausartet, die

Antragspunkte

ich glaube, um was es jetzt eigentlich geht, was wir heute hier beschließen sollen, eben den Motivenbericht und die fachliche Beilage, die ich euch schon zur Lektüre empfohlen habe, wird vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen. Dann, zweitens, werden die zuständigen Abteilungen beauftragt, entsprechend des Motivenberichtes die genannten Kriterien vorzuführen. Vor der tatsächlichen Umsetzung des

Masterplans für die PV Haus Graz werden gemäß § 20 der Haushaltsordnung der Landeshauptstadt Graz die erforderlichen Beschlüsse eingeholt, sowie die Finanzabdeckung vorgesehen. Der Antrag ist auch im Ausschuss nach einer sehr sachlichen Diskussion einstimmig angenommen worden, und ich hoffe auch hier im Gemeinderat auf Zustimmung. Danke für eure Geduld.

Originaltext des Antrages:

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen::

1. Der Motivenbericht und die zugehörige fachliche Beilage „Photovoltaik Masterplan Haus Graz — Machbarkeitsstudie“ werden als wesentlichen Bestandteil der Umsetzung des Grazer Klimaschutzplanes zur Kenntnis genommen.

2. Die zuständigen Abteilungen werden beauftragt, entsprechend den im Motivenbericht genannten Kriterien die Projekte zur Errichtung von PV-Anlagen (Ausbaupaket 2024-2026) im Haus Graz fortzuführen.

3. Vor der tatsächlichen Umsetzung der im Photovoltaik Masterplan Haus Graz vorgesehenen PV-Anlagen werden die gemäß § 20 der Haushaltsordnung der Landeshauptstadt Graz vorgesehenen sowie die zur Finanzbedeckung erforderlichen Beschlüsse eingeholt.

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Danke noch einmal für die umfangreiche Berichterstattung. Ich würde mich gerne selbst zu Wort melden und übergebe das Wort an den Kollegen Eber

Vorsitzwechsel – Stadtrat Eber übernimmt den Vorsitz (13.54 Uhr)

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Ich möchte nur noch ergänzen, dass einige wenige Dinge, die auch beim Pressegespräch und bei der gemeinsamen Präsentation gesehen wurden. Viele Beteiligte aus dem Haus Graz waren dabei, um diesen Masterplan sozusagen auf die Luft zu bringen, auf die Dächer zu bringen. Das waren nämlich viele, wie die Kollegin bereits erwähnt hat. Ich möchte mich auch bei allen genannten Beteiligten ganz herzlich bedanken, weil es wirklich ein ganz großes Projekt ist.

Werner Prutsch, der Leiter des Umweltamtes, der maßgeblich beteiligt ist, hat es als die größte Klimaschutzmaßnahme bezeichnet, die wir haben, aus dem Klimaschutzplan als Maßnahme. Das ist sie, das kann man ganz uneitel sagen. Es ist ein ganz wichtiges Projekt für uns alle, ein extrem wichtiger Beitrag zur Energiewende im Haus Graz. Es führt zur Unabhängigkeit und zur Preisstabilität für uns. Wir haben uns ja vorgenommen, bis 2030 als Haus Graz – man muss uns immer betonen, Haus Graz, nicht für die ganze Stadt, Stadt ist 2040 – aber als Haus Graz mit allen Beteiligten bis 2030 klimaneutral zu werden. Da ist eben die Photovoltaik eine der effizientesten oder die effizienteste und wirtschaftlichste Maßnahme. Um CO₂-Emissionen im Haus Graz zu reduzieren und eben auch Geld zu sparen, das hat der Kollege Eber ja auch gut vorgerechnet der Öffentlichkeit.

Ich bedanke mich wirklich bei der intensiven Zusammenarbeit, bei allen Beteiligten für diese wertvolle Arbeit und ich finde es auch ganz wichtig, dass wir als Stadt, als Haus Graz davor angehen, als Vorbild, dass wir zeigen, wie es geht, um den Bürgerinnen und Bürgern dann auch sie zu unterstützen bei der Umsetzung, wenn sie privat Photovoltaik nutzen für die Energie.

In diesem Sinne danke allen Beteiligten für dieses schöne Stück, das wir jetzt auf die Dächer bringen.

Vorsitzwechsel – VizeBgm Mag. Schwentner übernimmt den Vorsitz (13.57 Uhr)

Gemeinderat **Pointner:**

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, ich stelle den Zusatzantrag vor, deshalb melde ich mich gleich, es ist eine großartige Sache, die passiert, die wir wirklich im vollsten Herzen mittragen und ich möchte mich auf den Dank hier anschließen, ganz ausdrücklich an alle Beteiligten, die da was Tolles ins Laufen bringen, und ich sage jetzt nur, nehmen wir doch das Jahr 2040 und die Privaten mit, nehmen wir unsere Bürgerinnen und Bürger mit, die sich daran beteiligen wollen und auch etwas machen wollen, es gibt viele private Dächer, private Grundstücke, wo man auch ins Tun kommen kann und das haben viele steirische Gemeinden auch schon erkannt, die private Installation von PV-Anlagen fördern und dahingehend geht auch mein Zusatzantrag, nehmen wir sie mit, fördern wir die Privaten mit einer eigenen städtischen Förderung zur Errichtung von privaten PV-Anlagen, denn jeder Tag, jeder Mensch, der sich einbringen will, den wir nicht nutzen und ungenutzt vorbeistreichen und nicht mitnehmen wollen lassen, ist ein verlorener Tag.

Deshalb unser Zustand, namens der Neos, den folgenden

Zusatzantrag

als Ergänzung zum Photovoltaik-Masterplan Haus Graz, werden die zuständigen Stellen der Stadt Graz beauftragt, eine eigene Förderung zur Errichtung von PV-Anlagen auf Privatdächern zu prüfen.

Originaltext des Antrages:

In vielen steirischen Gemeinden wird die Errichtung von privaten Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) auf Dächern gefördert, doch in Graz fehlen bisher entsprechende finanzielle Anreize durch die Stadt. Dabei läuft der Menschheit sprichwörtlich die Zeit davon, möchte man die Erderhitzung in einem verträglichen Rahmen halten. Erst gestern warnte der renommierte Klimaforscher Hans Joachim Schellnhuber, dass wir auch über das Zwei-Grad-Ziel hinausschießen werden

<https://www.derstandard.at/story/3000000204635/klimaforscher-schellnhuber-werden-auch-ueber-das-zwei-grad-ziel-hinausschiessen>

Um aktiv den Umstieg auf erneuerbare Energiequellen zu fördern, braucht es rasch den Ausbau von PV-Anlagen. Die Stadt Graz hat dazu bereits einen "Photovoltaik-Masterplan" entwickelt, der das Ziel verfolgt, bis 2030 die Hälfte des Strombedarfs der stadteigenen Infrastruktur durch Photovoltaikanlagen selbst zu produzieren. Dabei wird der private Bereich jedoch vollkommen ausgeklammert, was zu sehr viel Unverständnis in der Bevölkerung führt. Um diesem Defizit entgegenzuwirken und damit die Energiewende in Graz noch schneller voranzutreiben, braucht es eine eigene Förderung zur Errichtung von PV-Anlagen auf Privatdächern.

Deshalb stelle ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion gemäß §21 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat den

Zusatzantrag:

(4.) Als Ergänzung zum "Photovoltaik Masterplan Haus Graz" werden die zuständigen Stellen der Stadt Graz beauftragt, eine eigene Förderung zur Errichtung von PV-Anlagen auf Privatdächern zu prüfen.

Klubobfrau **Schlüsselberger**:

Danke für die Idee, danke für das breite Denken dieses Themas und es sei dir wirklich, also ich kenne dein privates Engagement auch in dem Bereich, ich weiß, dass du es ernst meinst und ernst nimmst, also das ist kein politischer Ausruf, das ist eigentlich nur ernst gemeint und das weiß ich sehr zu schätzen, muss jetzt aber leider, und das trifft mich sehr, weil die Idee halt wirklich auch gut klingt, trotzdem ein kleines Nein erteilen aus einem ganz einfachen pragmatischen Grund.

Also, Photovoltaikanlagen für Private werden über Bundesförderungsschiene angefordert, bis dato, war es eine Schlammschlacht am kalten Buffet. Jetzt, Gott sei Dank, ist die Umsatzsteuer gefallen. Das heißt, es ist eine Erleichterung für Menschen, die sich so etwas leisten wollen und auch können, und auch für die Firmen, die das anbieten.

Dann gibt es noch eine weitere Schiene, und das ist unser Land. Und zwar gibt das Land Steiermark her und hat derzeit mit der kleinen Sanierung das Angebot, dass alle überbleibenden Kosten dort noch einmal eingereicht werden können. Das heißt, ich kassiere meine Bundesförderung, habe dort schon meine Erleichterung und den Restbetrag kann ich eins zu eins beim Land einreichen und kann mir da noch einmal einen förderfähigen Teil abholen. So, jetzt sind wir schon in einem relativ hohen Förderbereich und wenn wir jetzt als Stadt noch einmal fördern, würden wir eins machen, wir würden auf Platz zwei rutschen der Förderschiene. Das heißt, das Land sagt nur immer, ich würde nur das, was andere Schienen nicht fördern. Wir würden als Stadt unseren Beitrag leisten, was Lobenswert wäre, aber würden natürlich die Landesförderung reduzieren und hätten somit im Gesamtbetracht kein Mehrwert erreicht, sondern einfach nur dem Land das Leben ein bisschen leichter gemacht und der Stadt das budgetäre Leben ein bisschen schwerer und auch wenn mich jetzt mein Land ein bisschen rügen wird, dass ich das nicht so toll finde als Gemeinderätin, ist das leider am Ende des Tages kein finanzieller Mehrwert, sondern einfach nur eine Verlagerung von Kosten aus der Landeskasse in die Städtische. Deswegen, auch wenn

der Antrag irrsinnig wichtig und richtig ist, um in den Fokus zu bringen, dass auch private Dächer genutzt werden müssen, damit wir die Energiewende schaffen. Ich glaube, ich brauche da nicht viel zu referieren. Darüber kann man leider nicht mitgehen, weil das halt kein weiterer Anschub wäre, sondern leider nur Verlagerung der Kosten. Auch wenn ich wirklich weiß, gut gemeint und gute Idee, leider bringt es dem Endkonsumenten nichts und deswegen können wir damit nicht mitgehen, aber danke dir trotzdem.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Danke, vielleicht eine ganz kurze Ergänzung, wenn ich darf. Herr Kollege, ich würde mich ergänzen noch in Richtung des ernstzunehmenden Antrags, dass die Stadt Graz dafür Balkon-PV-Anlagen fördert, also die Klein-PV-Anlagen und die Gemeinschaftsanlagen und auch die Solaranlagen von der Energie Graz. Nur als Ergänzung zu dem Antrag und zu dem gerade erwähnten.

Gemeinderätin **Herlicska**:

Danke schön, ich glaube, dass sich hier eine breite Zustimmung für den Ausgangsantrag abzeichnet, zum Zusatzantrag vom Kollegen Pointner. Noch einmal, danke, dass es jetzt eine Möglichkeit gegeben hat, auch für die Dani uns eine Lektion in Photovoltaikförderung 101 zu geben. Es ist ziemlich ein Dschungel, da muss man sich auch einmal durchsehen. Es gab ja schon auch einmal, glaube ich, von der Stadt eine Förderung in diese Richtung, die eingestellt wurde, eben aus dem Grund, um diese verlagerte Fördersituation zu vermeiden. Auch, wie du es vorher schon gesagt hast, jemand, der sich eine PV-Anlage auf einen Privathaushalt leisten will, kann das im meisten Fällen auch. Daran wird es nicht scheitern. Ich glaube, wir müssen hier auch unsere Bestrebungen als Stadt jetzt einerseits hier in dem Bereich, wo wir wirklich

handeln können, massiv, so wie wir das vor haben, weiterführen und zukünftig auch ein bisschen allgemeines Umdenken hier stattfinden. Wo ich sage, das ist ja auch schon angekommen, was Nachhaltigkeit bei neuen Gebäuden betrifft, was Energieautonomie und Photovoltaikanlagen im Bestand betrifft, ich glaube, dass wir da einfach sehen werden, wie sich das Stadtbild und auch am Land verändert, dass es keinen Neubau ohne PV mehr geben wird und dass in einem Lebenszyklus auch das Gebäude, wahrscheinlich früher oder später, überall eine PV-Anlage dazukommen wird.

Ich denke mir auch, dass wir das Geld, das wir für eine solche Förderung aufbringen müssten, ganz woanders gut brauchen können, nämlich in dem Bereich, wo die Stadt selber baut, dort PV-Anlagen zu schaffen und dort den Bewohnerinnen und Bewohnern der Gemeinde Häuser günstigen, sicheren Strom zur Verfügung zu stellen, anstatt wieder eine weitere Villenviertelförderung irgendwie auf die Beine zu stellen. Also vielen Dank für die sich abzeichnende Zustimmung.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag wurde mehrheitlich (gegen ÖVP, NEOS) abgelehnt.

7.12 Stk 5 A5-144129/2023/0008 Pflegende Angehörige - Änderung der Richtlinie und Aufwandsgenehmigung zur Umsetzung des Pilotprojektes iHv. € 650.000,00

(Berichterstatter: Krotzer, KPÖ ; Schlüsselberger, SPÖ)

Vorsitzwechsel – Bgm. Kahr übernimmt den Vorsitz (14.05 Uhr)

Klubobfrau **Schlüsselberger:**

Sehr geehrte Bürgermeisterin, liebe Stadtregierung, lieber Gemeinderat, vielleicht ein bisschen Verwirrung, wieso ich jetzt da stehe, als Berichterstatteerin. Ich habe mir das mit dem Kollegen Krotzer ein bisschen ausdiskutiert, dass wir das gemeinschaftlich machen werden, weil bei diesem Stück doch beide Herzen dafür schlagen. Es geht um die pflegenden Angehörigen, ein Projekt aus dem Burgenland, ein Projekt der Sozialdemokratie, das wir vorantreiben und das es uns wirklich ein Herzensthema ist. Wir sind sehr, sehr froh, dass es auch zur Umsetzung kommt, dank dir.

Wir haben gestartet mit dem Projekt und sind draufgekommen, dass in der Grundüberlegung ein, zwei Adaptierungen notwendig sind. Diese machen wir jetzt mit dem vorliegenden Stück. Es geht einerseits um die Einkommensgrenze, andererseits um den bezugsberechtigten Kreis. Beides wird jetzt an die Realität der Betroffenen in unserem Umfeld angepasst und in diesem Stück wird ein wichtiger nächster Schritt getan. Ich bedanke mich bei allen, die daran gearbeitet haben, die den ganzen Kraftakt gestemmt haben, und freue mich, dass wir heute wieder ein kleines Stück in dem Bereich weiterkommen. Für die restliche Berichtsausstattung, Robert, übergebe ich dir das Stück zusammen, dem Wort gleich direkt.

Stadtrat **Krotzer:**

Liebe Frau Bürgermeisterin, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe Stadtregierung, wie von der Daniela Schlüsselberger schon einiges angekündigt, haben wir hier im Herbst ja beschließen dürfen, die Anstellung pflegender Angehöriger als Pilotprojekt der Stadt Graz nach burgenländischem Vorbild umzusetzen. Wir haben also hier jetzt auch die budgetäre Aufwandsgenehmigung in Höhe von € 650.000,00, damit wir dieses Projekt auch finanzieren können. Im Vergleich zu den Richtlinien, die wir im Herbst beschlossen haben, haben wir aufgrund der vielen Gespräche und

Hausbesuche, die unsere Amtshaftverständigen der Pflege von der Pflegedrehscheibe in den letzten Wochen gemacht haben, über 100 Personen besucht, mit ihnen Kontakt aufgenommen und herausgefiltert, welche Bedürfnisse es in der Realität gibt. Das hat eben zwei Dinge ergeben. Das wir einerseits anpassen, dass wir auch die Pflegestufen 6 und 7 mit aufnehmen. Bisher waren ja nur die Pflegestufen 3, 4 und 5 vorgesehen. Ist sie jetzt ergänzt um die Pflegestufen auch 6 und 7 und wir nehmen auch dazu bisher war sozusagen die Einkommensgrenze der zu pflegenden Personen die sogenannte EU-Sieb-Grenze, die bei Daumen mal bei € 1.300,00 liegt. Da hat sich herausgestellt, dass sozusagen bei den Personen, die davon profitieren sollen, mitunter die Pensionen auch höher sind und wir haben jetzt ein angesetztes EU-Sieb plus € 500,00, sodass durchschnittlich auch bis zur Pensionshöhe von € 1.800,00 Menschen prinzipiell anspruchsberechtigt sind.

Vor dem Hintergrund werden wir auch die 15 Plätze nicht hervorbekommen, sondern auch im März tatsächlich auch starten können mit den Anstellungen. Es werden demnächst dann auch schon die Kurse starten, die eben die Personen dann machen, die sie auch gemeinsam machen werden. Was wir auch für wichtig erachten, dass gerade bei pflegenden Angehörigen, die vielfach ja mit Überforderungs- und Ohnmachtsgefühl auch zu tun haben, dass man hier auch sozusagen eine Gemeinsamkeit herstellt, dass die Menschen sich auch gegenseitig kennenlernen, austauschen können über die Schwierigkeiten und Herausforderungen, aber vor allem sich aus dem auch gegenseitig stärken können. Im Ausschuss haben wir schon eine breite Zustimmung gehabt. Dafür danke ich. Hoffe, wir stellen die auch hier wieder her und ja, freuen uns, glaube ich, alle schon, dass dann im März tatsächlich auch die Anstellungen Realität werden. Aus den Rückmeldungen von unseren Kolleginnen, denen ein ganz großer Dank gilt, dass aus Papier, das wir hier haben, tatsächlich Realität wird, werden wir hier auch sehr viele oder, sozusagen, in diesen 15 Fällen jedenfalls eine sehr starke Erleichterung der Situation schaffen können. Dankeschön.

Originaltext des Antrages:

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem gegenständlichen Bericht zur Änderung der Richtlinie, die mit Beschluss vom 19.10.2023 erlassen wurde, wird zugestimmt und die Aufwandsgenehmigung in Höhe von € 650.000,- - für die Umsetzung des Pilotprojektes „Pflegerische Angehörige“ entsprechend der Richtlinie über die Einführung des Pilotprojektes „Pflegerische Angehörige“ wird erteilt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**7.13 Stk 6.) A8 021777/2006/0511 Verkehrsverbund Steiermark; 3.
Zusatzvereinbarung zum Grund- und Finanzierungsvertrag (GuF) betreffend die
Neugestaltung der Finanzierung der Tarifangebote für Studierende**

(Berichterstatter: Hackenberger, Grüne)

Gemeinderat **Hackenberger:**

Sehr geehrte Stadtregierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer und Zuseher hier im Raum und an den Bildschirmen. Das Stück, das ich Ihnen heute vorstelle, sieht etwas kompliziert aus, ist es aber unter dem Strich gar nicht. Es geht darum, dass wir ja seit vorherigem Jahr ein Klimaticket als Stadt Graz fördern, dass eine bisher bestehende Studentenkarte, eine ermäßigte Studentenkarte mehr oder minder obsolet gemacht hat. Diese Studienkarte war seiner Zeit im Jahr 1919 eingeführt worden und ist nicht in den Grund- und Finanzierungsvertrag integriert gewesen, der den gesamten öffentlichen Verkehr mit dem Verkehrsverbund

Steiermark GmbH beinhaltet. So war also eine zusätzliche Vereinbarung, mit an sich den gleichen Vertragspartnern, aber nicht im Gefüge der insgesamten Finanzierung des öffentlichen Verkehrs enthalten.

Nun ist diese Studentenkarte, Studienkarte durch das Klimaticket und die besondere Förderung der Stadt Graz nicht mehr attraktiv gewesen, sodass der Bund und das Land als überwiegende Finanziere des öffentlichen Verkehrs zum Schluss gekommen sind, dass es vernünftig ist, in Zukunft das einheitlich zu gestalten und unter Berücksichtigung der aller Förderungen, also auch jener der Stadt Graz für das Steiermarkticket, das System neu aufzulegen und letztlich die gleichen Beträge, die bisher aufgrund dieser sondergesetzlichen, dieser sondervertraglichen Situation in den Topf hineingezahlt wurden, nun im Rahmen des Grund- und Finanzierungsvertrages einzuzahlen, also diese bisherige Studentenkarte als Jugendkarte ins Gesamtsystem zu integrieren.

An den Zahlen hat sich gar nichts geändert, wie bisher zahlt der Bund, jetzt sind die Zahlen aus 2023, € 1.220.000, das Land Steiermark € 838.500 und die Stadt Graz knapp € 543.000 pro Jahr in den Topf ein, der die Karten finanziert, bei der gleichen Stelle beim Verkehrsverbund. Letztlich geht es nur darum, eine Systembereinigung und eine Verwaltungsvereinfachung durchzuführen.

Es wird daher namens des Ausschusses für Finanzenbeteiligung und Immobilien der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen: Die Genehmigung einer Zusatzvereinbarung zum Grund- und Finanzierungsvertrag, in dem das drinnen steht, was ich gerade gesagt habe, abzuschließen zwischen der Republik Österreich, Land Steiermark, Stadt Graz und dem Verkehrsverbund betreffend die Neugestaltung der Finanzierung der Tarifangebote für Studierende. Das Ganze geht rückwirkend mit 1. Juli 2023. Das ist also eigentlich eine formale buchhalterische budgetäre Maßnahme, ohne das Geld in eine oder andere Richtung zu fließen hat. Es wird die Verwaltung vereinfacht. Bitte um Annahme dieses Stückes.

Originaltext des Antrages:

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Genehmigung der beiliegenden und einen integrierenden Bestandteil dieser Beschlussfassung bildenden Zusatzvereinbarung zum Grund- und Finanzierungsvertrag (GuF) für den Verkehrsverbund Steiermark, abzuschließen zwischen der Republik Österreich, dem Land Steiermark, der Stadt Graz sowie der Verkehrsverbund Steiermark GmbH betreffend die Neugestaltung der Finanzierung der Tarifangebote für Studierende rückwirkend mit 01. Juli 2023.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke vielmals für die Berichterstattung. Herr Gemeinderat Pointner, und ich darf bitten, die Klubobleute dafür zu sorgen, dass wir beschlussfähig sind. Es sind derzeit zu wenig Gemeinderäte hier.

Gemeinderat **Pointner**:

Redezeitbeschränkung aufgehoben, bis alle da sind. Werte Frau Bürgermeisterin, werter Stadtsenat, auch hier, werte Kolleginnen und Kollegen.

Auch hier erlaube ich mir einen Zusatzantrag zu stellen, und zwar im Sinne der Studierenden, die unsere Stadt besuchen, die unsere Stadt zu einer ganz tollen Stadt machen. Nämlich zu einer Bildungsstadt, zu einer Studentenstadt, zur schönsten Studenten- und Studierendenstadt von ganz Österreich.

Und worum geht es? Es gibt ein gutes Angebot für die Studierenden, wie vorgestellt, etwa das Klimaticket oder das Top-Ticket. Aber wie es mir auch persönlich jetzt berichtet wurde bei unserem letzten Bundeskongress, den unsere Junos Studierenden gemacht haben, das ist nicht attraktiv für alle. Also nicht alle wollen den Preis zahlen,

und es lohnt sich auch nicht für alle Studierenden, den Preis dieses Klimatickets und Top-Tickets zu zahlen. Die bevorzugen lieber die Stundenkarte. Die Stundenkarte bietet aber für Studierende keine Ermäßigung.

Und das wäre doch eine sehr schöne Entlastung für die Studierenden, wenn man das als Stadt auch anbieten würde. Nämlich, dass die Studierenden nicht € 3,00 zu zahlen hätten, sondern nur € 1,90, also eine Ermäßigung von den 38 %, die auch zum Beispiel die Seniorinnen genießen.

Das wäre eine weitere Verbesserung des Zugangs zum öffentlichen Verkehr für Studierende eben. Es wäre ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber Studierenden in unserer Bildungshauptstadt Österreichs, die wir ja sein wollen. Deshalb stelle ich den Zusatzantrag: Der Gemeinderat möge zusätzlich zum Stück, wie es eben vorgestellt wurde, beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz damit beauftragt werden, eine Ermäßigung des Studentickets der Graz-Linien für Studierende gemäß Motivenbericht zu prüfen. Bitte um Annahme dieses Zusatzantrags.

Originaltext des Zusatzantrages:

In der Student:innen-Stadt Graz spielt nicht nur das Angebot, sondern auch die Förderung von Mobilität für die Studierenden eine zentrale Rolle. Zwar gibt es aktuell Ermäßigungen für den öffentlichen Verkehr, wie etwas das Topticket oder das Klimaticket, doch stellt sich dieses Angebot für einen Teil der Studierenden als unzureichend heraus. In der Praxis zeigt sich nämlich, dass einige Studierende aufgrund ihrer persönlichen Mobilitätsbedürfnisse das Studenticket bevorzugen. Dieses müssen sie jedoch, im Gegensatz zu anderen Gruppen wie Jugendliche, Familien und Senior:innen, zum vollen Preis erwerben.

Angesichts dieser Situation erscheint eine Anpassung der aktuellen Ermäßigungen für Öffi-Tickets als sinnvoll, um auch für Studierende eine Ermäßigung für das Studenticket anbieten zu können. Statt derzeit 3,- Euro sollen Studierende zukünftig

nur mehr 1,90 Euro für ein Studenticket bezahlen, was einer Ermäßigung von rund 38 Prozent gleichkommt. Eine solche Anpassung würde nicht nur die finanzielle Belastung für Studierende verringern, sondern auch die Zugänglichkeit und Nutzung des öffentlichen Verkehrs verbessern. Deshalb stelle ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion gemäß §21 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat den

Zusatzantrag:

Der Gemeinderat möge zusätzlich zum Stück "Verkehrsverbund Steiermark; 3. Zusatzvereinbarung zum Grund- und Finanzierungsvertrag (GuF) betreffend die Neugestaltung der Finanzierung der Tarifangebote für Studierende" (GZ: A8 021777/2006/0511) beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz damit beauftragt werden, eine Ermäßigung des Studentickets der Graz Linien für Studierende gemäß Motivenbericht zu prüfen.

Gemeinderat Lenartitsch:

Werte Frau Bürgermeisterin, werter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, liebe Zuhörerinnen.

Der Zusatzantrag der NEOS wäre fast schon perfekt, aber ich muss leider einen Zusatzantrag dazustellen. Weil nämlich die Graz-Linien nicht für die Tarife allein zuständig sind, sondern nämlich der Verkehrsverbund. Und deshalb mache ich es ganz kurz, mein Zusatzantrag lautet: Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen im Hinblick auf die Neugestaltung der Finanzierung der Tarifangebote für Studierende an den Verkehrsverbund Steiermark herantreten und diesen ersuchen, betreffende Einzelfahrscheine für Studierende eine Ermäßigung im Sinne des Motivenberichtes zu prüfen. Dankeschön.

Originaltext des Zusatzantrages:

Zusatzantrag

eingbracht von Herrn Gemeinderat Manuel Lenartitsch in der Sitzung des Gemeinderates am 15. 2. 2024

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen in Hinblick auf die Neugestaltung der Finanzierung der Tarifangebote für Studierende (GZ: A8 021777/2006/0511) an den Verkehrsverbund Steiermark herantreten und diesen ersuchen, betreffend Einzelfahrscheine für Studierende eine Ermäßigung im Sinne des Motivenbericht zu prüfen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Vielen Dank, Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Möchte der Antragsteller noch einmal ein Schlusswort? Nein.

Ich möchte vielleicht nur anmerken für den Herrn Gemeinderat Pointner auch, das umfasst natürlich nicht alle, aber was neu ist, dass in der SozialCard-Mobilität mittlerweile auch Studierende um diese ansuchen können und somit die Jahreskarte in Graz um € 50,00 haben können. Das wollte ich nur sagen, aber das trifft natürlich nicht alle, das muss man korrekterweise sagen, da sind bestimmte Voraussetzungen, aber früher war es gar nicht möglich, das haben wir neu gemacht, das wollte ich Ihnen nur sagen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag der NEOS wurde mehrheitlich (gegen ÖVP, NEOS) abgelehnt.

Der Zusatzantrag der SPÖ wurde mehrheitlich (gegen SPÖ, Grüne, KPÖ) angenommen.

7.14 Stk 8.) KOM 004981/2024-0001 Ernennung zu Bürger:innen der Landeshauptstadt Graz

(Berichterstatterin: Kahr, KPÖ)

Vorsitzwechsel – StR Schönbacher übernimmt den Vorsitz (14.20 Uhr)

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke vielmals, Frau Stadträtin. Es geht hier um die Ernennung zu Bürgerinnen der Landeshauptstadt Graz. Ich möchte mich ganz herzlich auch vorab für die Kommunikation, die ja unbedingt notwendig ist im Zusammenhang mit neuen Bürgerernennungen bedanken, dass wir wieder zehn Persönlichkeiten für eine der nächsten Gemeinderatssitzungen, wo wir eine Festsitzung machen werden, nennen dürfen.

Die letzte Bürgerernennungen erfolgte, wenn Sie sich noch erinnern, am 15. Dezember 2022. Wir haben uns immer vorgenommen, so zirka knapp an die 100 Persönlichkeiten in Graz vorzuschlagen. Mit diesen 10 würden wir jetzt wieder knapp genau an diese Zahl herankommen, und es ist mir eine Ehre, Ihnen diese Persönlichkeiten vorzuschlagen.

Das sind erstens Herr Univ.-Prof. i. R. Dr. Alfred ABLEITINGER, Historiker, zweitens Sigrid BINDER, Gemeinderätin a.D., Karl-Heinz HERPER, Stadtrat a.D.,

Dipl.-Päd. Irmine (Irmis) HORN, Gründerin des kunstGartens,
Dr. Helmut KONRAD, Zeithistoriker, Rektor der Universität Graz i.R.,
Mag. Christian LEIBNITZ, Theologe und Priester, Stadtpfarrpropst i. R.,
Erzsébet MISCHURETZ-GOMBKÖTÖ, Solotänzerin, Mitbegründerin der Grazer
Opernballettschule,
Wilfriede MONOGIUDIS Stadträtin a.D.,
Gertraud PRÜGGER, Ehemalige Geschäftsführerin des Naturschutzbundes Steiermark
— Gründerin der Initiative „Rettet den Grazer Schloßberg“
und Franz SCHWARZL, Bezirksvorsteher a.D.

Sie wissen, einer unserer längst gedienten. Heute ist er bewusst nicht da, weil es ihm unangenehm ist, weil ich ihn am Faschings Dienst auch getroffen habe, möchte ich da beim Herrn Franz Schwarzl nur bitte anmerken: Sie haben im Stück, da gehört einen Satz zu seinem Lebenslauf rausgestrichen. Ich werde es dem Protokoll ihnen geben. Ich habe das von der Kommunikationsabteilung bekommen. Dort ist er als Mitglied genannt, in irgendeinem Verband genannt, wo er nicht ist. Dafür gehört aber etwas anderes rein. Sie bekommen das und das Stück wird dann auch an Sie, natürlich auch mit dieser Korrektur, noch einmal ausgesandt. Die Kommunikationsabteilung hat das nicht mehr geschafft, so kurzfristig.

Ich freue mich, diese Persönlichkeiten hier zur Abstimmung zu bringen und frage, möchte ich Sie fragen, ob Sie eine Wortmeldung haben. Ach so, Berichterstattung fertig.

Originaltext des Antrages:

Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- I. Für ihre besonderen Verdienste um die Stadt Graz werden folgende Persönlichkeiten zu Bürger:innen der Landeshauptstadt Graz ernannt:*

1. *Univ.-Prof. i. R. Dr. Alfred ABLEITINGER*
Historiker
wohnhaft in 8010 Graz

2. *Sigrid BINDER*
Gemeinderätin a.D.
wohnhaft in 8020 Graz

3. *Karl-Heinz HERPER*
Stadtrat a.D.
wohnhaft in 8047 Graz

4. *Dipl.-Päd. Irmine (Irm) HORN*
Gründerin des kunstGartens
wohnhaft in 8020 Graz

5. *Dr. Helmut KONRAD*
Zeithistoriker, Rektor der Universität Graz i.R.
wohnhaft in 8045 Graz

6. *Mag. Christian LEIBNITZ*
Theologe und Priester, Stadtpfarrpropst i. R.
wohnhaft in 8010 Graz

7. *Erzsébet MISCHURETZ-GOMBKÖTÖ*
Solotänzerin, Mitbegründerin der Grazer Opernballettschule
wohnhaft in 8010 Graz

8. *Wilfriede MONOGIUDIS*

Stadträtin a.D.

wohnhaft in 8020 Graz

9. *Gertraud PRÜGGER*

*Ehemalige Geschäftsführerin des Naturschutzbundes Steiermark — Gründerin
der Initiative „Rettet den Grazer Schloßberg“*

wohnhaft in 8010 Graz

10. *Franz SCHWARZL*

Bezirksvorsteher a.D.

wohnhaft in 8010 Graz

II. *Über die Zuerkennung dieser Ehrung sind Bürgerbriefe auszufertigen, die den
neuen Bürger:innen im Rahmen einer Festsitzung des Gemeinderates im
Frühjahr 2024 überreicht werden.*

III. *Die Namen der neuen Bürger:innen sind in das Goldene Bürgerbuch der
Landeshauptstadt Graz einzutragen.*

Vorsitzwechsel – Bgm Kahr übernimmt den Vorsitz (14.30 Uhr)

Klubobmann **Pascuttini:**

Ganz kurz und bündig: Wir würden nur um die getrennte Abstimmung der
Persönlichkeiten bitten.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wirklich alle?

Klubobmann **Pascuttini**:

Ja.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Okay. Ja, aber, das passt schon. Sind Sie mit dem Vorschlag, was die getrennte Abstimmung betrifft, einverstanden? Bitte um ein Zeichnen mit der Hand, danke. Dann kommen wir zur getrennten Abstimmung.

Professor ABLEITINGER, wer ist dafür? Gegenprobe: Einstimmig angenommen.

Sigrid BINDER, wer ist dafür? Gegenprobe: Angenommen gegen die Stimmen der KFG.

Karl-Heinz HERPER, wer ist dafür? Gegenprobe: Einstimmig angenommen.

Dipl.-Päd. Irmine (Irm) HORN? Gegenprobe, ist auch einstimmig.

Dr. Helmut KONRAD, wer ist dafür? Gegenprobe: Einstimmig.

Mag. Christian LEIBNITZ, wer ist dafür? Gegenprobe, ist auch einstimmig.

Erzsébet MISCHURETZ-GOMBKÖTÖ, wer ist dafür? Gegenprobe ist auch einstimmig.

Wilfriede MONOGIOUDIS, wer ist dafür? Gegenprobe: Einstimmig.

Gertraud PRÜGGER, wer ist dafür? Gegenprobe.

Und Franz SCHWARZL, wer ist dafür? Gegenprobe ist somit auch einstimmig angenommen.

Der Antrag bezüglich Professor ABLEITINGER wurde einstimmig angenommen. (40:0)

***Der Antrag bezüglich Sigrid BINDER wurde mehrheitlich (gegen KFG) angenommen.
(38:2)***

Der Antrag bezüglich Karl-Heinz HERPER wurde einstimmig angenommen. (40:0)

***Der Antrag bezüglich Dipl.-Päd. Irmine (Irm) HORN wurde einstimmig angenommen.
(40:0)***

Der Antrag bezüglich Dr. Helmut KONRAD wurde einstimmig angenommen. (40:0)

***Der Antrag bezüglich Mag. Christian LEIBNITZ wurde einstimmig angenommen.
(40:0)***

***Der Antrag bezüglich Erzsébet MISCHURETZ-GOMBKÖTÖ wurde einstimmig
angenommen. (40:0)***

***Der Antrag bezüglich Wilfriede MONOGIUDIS wurde einstimmig angenommen.
(40:0)***

Der Antrag bezüglich Gertraud PRÜGGER wurde einstimmig angenommen. (40:0)

Der Antrag bezüglich Franz SCHWARZL wurde einstimmig angenommen. (40:0)

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ich bedanke mich ganz herzlich für diese Anerkennung und möchte vielleicht Ihnen auch nur zur Vorinformation sagen, die Festsitzung für die zehn künftigen Bürgerinnen wird in der April-Gemeinderatssitzung, wie immer vor der Gemeinderatssitzung, stattfinden. Die genaue Uhrzeit wird dann noch schriftlich an alle rechtzeitig ergehen.

7.15 Stk 9.) Präs. 023501/2024/0001 Schienennetz Graz

(Berichterstatter: Piffli-Percevic, ÖVP)

Stadtrat **Hohensinner**:

Sehr geehrte Stadtregierung, werter Gemeinderat, liebe Zuseherinnen und Zuseher, ich möchte an dieser Stelle auch den WB-Generalsekretär Kurt Egger willkommen heißen.

Zweieinhalb Jahre nach der Gemeinderatswahl ist es legitim zu hinterfragen, ob es den Menschen heute besser geht. Egal wohin ich komme, egal mit wem ich rede, die Antwort ist immer öfters ein klares „Nein“. Die Unzufriedenheit gibt es in vielen Bereichen, aber eines, und da werden viele hier im Saal zustimmen, die Unzufriedenheit zum Verkehr ist extrem groß. Also da sind die Leute wirklich sehr angespannt. Die Verkehrswege in einer Stadt sind die Nervenbahnen des gesellschaftlichen Lebens und diese Nervenbahnen liegen aufgrund einer verkehrten Verkehrspolitik von Judith Schwentner und Elke Kahr mehr als blank.

Beim Grundsatzbeschluss öffentlicher Verkehr, da waren wir uns noch alle einig, es braucht wirklich eine massive Kraftanstrengung, um den öffentlichen Verkehr auszubauen. Ich war und bin überzeugt, dass wir die Menschen in Graz mit den besten und attraktivsten Angeboten zum Umsteigen bewegen und eben nicht mit einer ideologischen Brechstange, so wie wir es jetzt gerade in unserer Stadt erleben. Umso mehr sind wir enttäuscht, dass seit dem Grundsatzbeschluss augenscheinlich keine nennhaften Aktivitäten in Richtung öffentlichen Verkehr seitens der Bürgermeisterin und der Vizebürgermeisterin gesetzt wurden. Der traurige Gipfel dieser Entwicklungen ist im Zielnetz 2040 von der ÖBB nachzulesen. Ich habe das auch mit, ich kann das auch hergeben. Ihr könnt da reinschmökern. Hier sind ganz wichtige Projekte für die

Steiermark festgeschrieben. Leider fehlt für die Stadt Graz das so wichtige und notwendige Projekt des S-Bahn-Tunnels, völlig. Aus meiner Sicht wirklich nicht nachvollziehbar. Also gerade vom Vizebürgermeisterin Judith Schwentner hätte ich mir erwartet, die zuständige Ministerin ist ja auch von der Grünen Fraktion, dass du das irgendwie auch in Wien, du warst ja öfters in Wien, dass du das zusammengebracht hättest, aber leider ist das nicht der Fall. Deshalb machen wir heute auch den öffentlichen Verkehr im Gemeinderat zum Thema, denn neben dieser Nullnummer zur S-Bahn hat es auch seitens der Bürgermeisterin und seitens der Vizebürgermeisterin weitere Verfehlungen gegeben, die sich sehr negativ auf den öffentlichen Verkehr in Graz auswirken.

Ich habe vier konkrete Punkte. Erstens, der für Graz so wichtige weitere Ausbau der Straßenbahnlinien hat offenbar in dieser Koalition keine hohe Priorität. Hier haben die Regierungen der letzten 20 Jahre wirklich einiges weitergebracht: Verlängerung der Linie 7, der Linie 6, Anbindung Smart City, Anbindung Reininghaus und auch die Innenstadtentflechtung. In den letzten zweieinhalb Jahren ist der Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel leider nur im Schnecken-Tempo vorangeschritten und Elke Kahr und Judith Schwentner konzentrieren sich scheinbar wirklich nur darauf, bereits Beschlossenes möglichst kompliziert umzusetzen.

Die Innenstadtentflechtung steht sinnbildlich dafür: eine schlechte Planung, eine wirklich schlechte Kommunikation und was das Ergebnis anbelangt, hat auch die Frau Vizebürgermeisterin eine andere Vorstellung als die Bürgermeisterin. Kurz gesagt, eine Zumutung für die Geschäftsleute und für die Anrainerinnen und Anrainer der Stadt. Übergeordnetes Ziel dieser Koalition ist es, Stau zu produzieren, um Autofahrerinnen und Autofahrer zu quälen. Kein klares Ziel, das muss man in aller Deutlichkeit sagen, die Priorisierung der Straßenbahnvorhaben voranzutreiben.

Bis heute kenne ich keine konkrete Umsetzungsliste mit Zeitplänen, bis wann welche Straßenbahnlinie fertiggestellt werden soll. Dabei gibt es eigentlich de facto schon fixfertige Projekte wie die Südwestlinie.

Ein zweiter Punkt ist die Untätigkeit beim wahrscheinlich wichtigsten Zukunftsverkehrsprojekt der Stadt, der Steiermark und des Großraumes bei der Koralmbahn. Da hat sich hoffentlich auch bis zur Koalition herumgesprochen, dass wir ab 2025 nicht mehr zwei Stunden und 40 von Graz nach Klagenfurt brauchen, sondern nur 45 Minuten. Die Wirtschaftsräume wachsen zusammen, wenn alles fertig ist, werden in dem Großraum 1,8 Millionen Menschen leben. Da braucht es wirklich eine gezielte Ansiedlungs- und Standortpolitik. Wir haben das auch vor einem Jahr in einem Dringlichen Antrag eingefordert. Da wurde uns noch wortreich ausgerichtet, warum sowas nicht zur Chefsache erklärt werden soll. Aus meiner Sicht unverantwortlich, die Koralmbahn ist eine riesengroße Chance. Die Koalition muss diesbezüglich endlich aufwachen, damit wir als Stadt in diesen bildlich gesehen fahrenden Zug auch wirklich einsteigen und dass wir diesen Zug nicht versäumen.

Der dritte Punkt betrifft die Kommunikation und die Intransparenz der rot-rot-grünen Koalition zum Thema Verkehr. Das Informieren der Bevölkerung und der zuständigen Ausschüsse ignoriert Elke Kahr mit der Vizebürgermeisterin nahezu gänzlich. Wir haben in den Grundsatzbeschluss reformuliert, dass wir immer wieder im Gemeinderat erfahren, wie weit die Projekte gediehen sind. Das ist eine klare Nullnummer. Wir lesen dann immer über irgendwelche Planungen. Einmal ist es die Linie 5, dann ist es die Linie 8. Wir lesen diese Planungen leider nicht in einem Bericht, sondern meistens in einer Tageszeitung mit einem großen Freistellerfoto von Judith Schwentner. Aus meiner Sicht ist dies keine Art und Weise, mit dem Gremium Gemeinderat umzugehen.

Ein weiteres konkretes Beispiel betrifft die Bewohnerinnen und Bewohner entlang der GKB-Strecke. Die haben sich wirklich die Unterstützung und den Informationsfluss der Bürgermeisterin und der Vizebürgermeisterin erhofft, leider sind sie auch hier völlig enttäuscht worden.

Der vierte Punkt betrifft den Ausbau von Park & Ride. Ich glaube, da sind wir uns alle einig, dass es wichtig ist, die Menschen, die nach Graz einpendeln, am Stadtrand

abzufangen, dass sie umsteigen aus dem Auto, in den öffentlichen Verkehr. Da gibt es fixfertige Ausbauprojekte wie Murpark, Webling und Andritz, bei der Maut Andritz. Also das sind wirklich optimale Projekte und ich verstehe es ganz einfach nicht, dass diese Projekte keine Priorität haben. Die Frau Vizebürgermeisterin meint, man muss die Leute schon irgendwo überregional zum Umsteigen bewegen. Wenn diese Projekte aber nicht einmal in dem Rahmenplan der ÖBB feststehen, dass man die Leute von überregional abholen kann, dann verstehe ich nicht, warum man nicht solche wichtigen Zwischenschritte mit Park & Ride macht. Aus meiner Sicht wirklich ein ganz klares Versäumnis der Vizebürgermeisterin, und die Bürgermeisterin schaut hier leider auch nur zu.

Es ist leider das eingetreten, was wir befürchtet haben. Der Grundsatzbeschluss war nicht der Anfang von Anstrengungen, von Bemühungen, sondern leider der Schlusspunkt, wie in vielen anderen Bereichen agieren kann, Schwentner auch beim öffentlichen Verkehr nach dem Motto: „Nicht das Erreichte zählt, sondern das Erzählte reicht“. Leidtragende dieser Politik sind leider die Grazerinnen und Grazer, deswegen machen wir dieses Thema heute hier breit im Grazer Gemeinderat und ich hoffe auf eine angeregte Diskussion. Danke.

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Seit Jahren wird in Graz über Schieneninfrastruktur und öffentliche Verkehrsmittel diskutiert. In den letzten Wochen gab es einige aktuelle Ereignisse und Entwicklungen, die mit weitreichenden Auswirkungen auf die Stadt verbunden sein werden bzw. sein könnten. Insofern erscheint aus unserer Sicht eine Thematisierung der Ursachen und Konsequenzen im Bereich des Schienennetzes Graz im Gemeinderat geboten und stelle ich im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs fristgerecht den

Antrag

gem. § 49 Abs. 2 Satz 2 Statut iVm. § 6 Abs. 2 Satz 2 und 3 GO-GR auf Aufnahme des rubrizierten Gegenstandes „Schienennetz Graz“ in die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung am 15.2.2024 zwecks Behandlung durch den Gemeinderat.

Bürgermeisterin Kahr:

Danke vielmals. Ich darf den Herrn Diplom Ingenieur Wolfgang Feigl, Leiter der städtischen Verkehrsplanung bitten, viele, der von dir angesprochenen Fragen zu berichten, damit es eine korrekte, von einstimmig beschlossenen Sachen sogar werden, glaube ich, vorkommen, hier im Gemeinderat eine gute Chronologie zu bekommen. Danke auf jeden Fall auch für die Technik, dass diese Präsentation möglich ist. Bitte, Herr Diplom-Ingenieur.

DI Feigl:

Vielen Dank für die Möglichkeit, heute über unseren Tätigkeitsfortschritt zu berichten, ist glaube ich nicht alltäglich, aber ich mache das gerne. Möchte aber gleich am Beginn auch sagen, das ist natürlich nicht unsere Abteilung alleine, die das schafft, wir sind zu zweit im ÖV-Bereich. Ganz wesentlich sind alle Abteilungen der Stadtbaudirektion beteiligt, Stadtbaudirektion selbst natürlich auch, natürlich auch dann andere Abteilungen, aber auch die Graz-Linien, also so maßgeblich natürlich auch Partner im öffentlichen Personennahverkehr in Graz, aber auch den verlässlichen Partner des Landes Steiermark und natürlich auch der ÖV-Betreiber in Graz-Köflachbahn und ÖBB. Um das ein bisschen einzusortieren, und ich möchte mich jetzt aber relativ kurz halten, ich hätte es heute so verstanden, dass ich heute über das Schienennetz Graz sprechen sollte, aufgrund des Stichwortes, da es aber doch in Summe ein ganz wichtiges Teilprojekt ist, unseres Masterplan Mobilität für Graz. Der Mobilitätsplan Graz 2040 ist

ja gerade in Erarbeitung. Wie Sie wissen, haben sie im September 2023 die Ziele beschlossen. Diese kommen nicht von ungefähr her, die kommen aufgrund von Vorgaben. Ich habe nur einige hier kurz aufskizziert. Das ist natürlich der Klimaschutzplan der Stadt Graz, als wesentlichstes Instrument, das Stadtentwicklungskonzept, aber auch andere Aktionspläne der Stadt Graz. Aber natürlich auch des Landes Steiermark, wie ein regionales Verkehrskonzept oder die Mobilitätsstrategie Steiermark. Darüber hinaus kann man sicher auch den Mobilitäts-Masterplan 2030 des Bundes erwähnen. Darunter gibt es sektorale Konzepte. Ich würde sagen die ersten beiden Masterpläne, Gehen im Jänner beschlossen, Masterplan Radoffensive beschlossen und wird gerade ausgerollt, würden wir uns heute sozusagen auf das Thema Masterplan ÖV konzentrieren.

Die strategischen Grundlagen vielleicht vorab. Es wurde schon einiges auch komplett richtig erwähnt und ich habe jetzt aufgrund der Zeit einfach Prozesse, die oft über ein Jahr gedauert haben, auf eine Folie komprimiert. Tut mir leid auch dafür, aber ich glaube, viele von Ihnen wissen es. Begonnen hat natürlich alles mit einer sehr spannenden Entwicklung, wo ja von allen Parteien nominierte Experten in der ÖV-Strategie Graz sich schlussendlich nach über einem Jahr Erarbeitung gefunden haben, wenn ich sagen will, im besten Sinne des Wortes, und hier einen einhelligen Vorschlag an den Gemeinderat erarbeitet haben, der eigentlich darin gipfelt, wir sollen uns wirklich ganz stark kümmern um das S-Bahn-Netz und den Ausbau des S-Bahn-Netzes im Rahmen unserer jeweiligen Rollen. In der Stadt natürlich um den Straßenbahnausbau. Die Verknüpfung dieser beiden Projekte vor allem und natürlich auch dieses innerstädtische S-Bahn-Tunnelprojekt wurde hier erst einmal sehr intensiv und unter allen Experten einheitlich dokumentiert.

Ein weiterer Schritt, und der war dann gemeinsam mit dem Land Steiermark möglich, ist diese Studie zum Schienennetz im Ballungsraum. Wir wissen ja, wir dürfen nicht die Stadtgrenze als gelebte Verkehrsrealität sehen, wir müssen immer die Realität der Pendler:innen auch sehen. Hier gab es quasi so eine weitere Verdichtung zum Motto,

wir müssen die S-Bahn stärken, um gerade die Pendlerinnen viel stärker abzuholen, auch von einem Zwang, mit dem Auto zu fahren, das heute natürlich auch viele haben, ganz ehrlich, um eben hier auch bequem, pünktlich und umweltfreundlich in die Stadt zu gelangen.

Und eine weitere Verdichtung war auch hier wieder zum Thema Straßenbahnausbau, wie auch schon zuvor geschildert, aber das hat es quasi in dieser Studie gemeinsam mit Land Steiermark noch einmal ganz stark herauskristallisiert. Parallel dazu, und es gab eigentlich mannigfaltige Handlungsstränge, gab es auch eine Bundesrechnungshofprüfung, die wir gemeinsam mit den Holding Graz Linien alle Daten an den Bundesrechnungshofprüfung geschickt haben und der in diesem Bericht dann schlussendlich endete. Hier wurden die Straßenbahnstädte Graz, Innsbruck und Linz verglichen, war eigentlich eine Bestätigung unseres Weges. Vor allem die Projekte Reininghaus und Smart City wurden hier angeschaut. Es gab auch durchaus interessante, auch weitere Empfehlungen, die man natürlich im Mobilitätsplan auch als Maßnahmen untersuchen wird. Vor allem das Thema Stärkung der Begegnungszonen, mehr Fußgängerzonen für Graz, aber auch ganz klar das Thema Pushmaßnahmen wurde hier adressiert und das werden wir gerade verarbeiten und auch zu einem gegebenen Zeitpunkt auch vorschlagen, wie wir das sehen. Ein ganz wichtiger Punkt war dort aber auch die Empfehlung des Bundesrechnungshofes, hin zu Klimapartnerschaften. Man soll doch gemeinsam diese großen Herausforderungen finanzieren, weil es viele Kommunen nicht alleine schaffen, hier diese Umweltziele zu erreichen. Dann, und das ist für mich der wichtigste Punkt, der wurde heute auch schon erwähnt, war dieser Grundsatzbeschluss des ÖV-Systems Graz. Das war, danke auch an Sie in diesem Rahmen, das war für uns jetzt die wichtigste Handlungsanleitung für die nächsten Schritte, die ich jetzt dann kurz erklären möchte, wo wir gerade stehen.

Hier gab es ja, glaube ich, auch noch lange Feinschliff und gemeinsamen Austausch von, oft an unterschiedlichen Interessen, aber ein sehr schönes Rundes gemeinsames

Stück. Festlegung der S-Bahn und der Straßenbahn als unser ÖV-System der Zukunft, die Verknüpfung, wie gesagt, schon zuvor, dieser aller Systeme untereinander, dann natürlich auch das Thema, es muss irgendwann einmal auch um die Ebene „Minus Eins“ gehen, Tunnelstrecken im Stadtgebiet, auch die rasche Fortführung des Straßenbahnausbaus, vor allem auch der Linie 8 Südwest- und Nordwest-Linie, aber auch die Einrichtung von Arbeitsgruppen, auf die ich dann gleich kommen werde, und natürlich auch das Anstreben dieser Klimapartnerschaften zwischen Bund, Land und Stadt.

Was wir derzeit machen, es ist ein bisschen jetzt verschränkt, die Terminalschiene, ich habe immer die Termine hingeschrieben. Derzeit haben wir gerade den Masterplan ÖV beauftragt. Aufgrund einer Ausschreibung ist hier das Büro komobile damit befasst. Hier im Masterplan ÖV die Maßnahmen für unseren Mobilitätsplan Graz 2040 zu erarbeiten. Hier wird nicht viel Neues stehen, was sie nicht schon weiß, aber trotzdem noch einmal alles auf den Prüfstand gestellt, um schlussendlich einen runden Mobilitätsplan fertig machen zu können. Das läuft gerade und da werden wir auch gerne zu gegebenem Zeitpunkt, wenn es auch Sinn macht, hier im Gemeinderat oder im Verkehrsausschuss dann dazu berichten.

Zum Straßenbahnthema, ganz kurz, streifen wir die Projekte, es ist natürlich alles bekannt im Raum, wie schon auch erwähnt. Die Innenstadtentlastung haben auch eine sehr gute Vorbereitung auf Schiene, im wahrsten Sinne des Wortes. Wir haben ja auch massive Verbesserungen aus fachlicher Sicht zu erwarten im Sinne der aktiven Mobilität, auch in der Neutorgasse. Fuß-/ Radwege werden breiter oder gänzlich neu gebaut. Für uns, als Verkehrsplanung, ist immer ein spannendes Thema, wie viele Leute kann ich wohin transportieren. Da haben wir mit der Straßenbahn das leistungsfähigste Instrument in diesem Bereich der Altstadt. Das ist aus unserer Sicht ein Riesenvorteil von diesem Projekt, das 1,2 Kilometer lang ist. Heuer geht es großteils um die Brückenthemen. Die Radetzkystraße, wie Sie wissen, und man nun auch schon anschauen kann, ist fertig geworden im letzten Jahr.

Ein zweites Projekt war heute auch schon Thema Rotes Kreuz Puntigam. Stichwort Anbindung von wichtigen Quellen und Zielen. Der zweigleisige Ausbau der Linie 5 ist im Bau, das Foto ist vom letzten Wochenende. Wir werden hier ein Grüngleis vorfinden. Wir werden hier diese, doch jetzt auch aufgrund der Verdichtung auch stärker benutzten Stadtgebiete viel besser erschließen können. Wir haben eine Erhöhung der Betriebsstabilität und man kann auch dann bessere Takte im Bereich der Linie 5 auf dieser Seite fahren.

Ein weiteres wichtiges Projekt ist für uns die Linie 1. Diese wird sukzessive zweigleisig ausgebaut. Wir sind jetzt gerade beim Bereich Abschnitt Hilmteich. Wenn ich "wir" sage, meine ich immer alle Abteilungen, die damit betroffen sind. Derzeit laufen gerade die Einreichplanungen. Hier wird es zu einer wesentlichen Verbesserung auch geben, im Bereich der Aufwertung des öffentlichen Raums und vor allem auch, wer es vielleicht auch dort kennt, wird auch ein lang gehegter Wunsch, eines Radweg-Lückenschlusses mit diesem Projekt möglich.

Ein weiterer Baustein, den wir wichtig sehen, weil die Streckenausbau nutzen nichts ohne Fahrzeuge, ist die Beschaffung. Und auch dafür danke an alle, die damit maßgeblich beteiligt waren, neuer Fahrzeuge für die Straßenbahninfrastruktur. Hier gibt es derzeit 15 bestellte Fahrzeuge. Wir haben 40 weitere, wir, die Stadt, Sie, optional ausgeschrieben. Wir werden sie sukzessive auch abrufen müssen, weil eben auch die älteren Straßenbahngarnituren sukzessive in die Jahre kommen, wo sie nicht mehr sinnvoll in Stand gesetzt werden können.

Parallel dazu geht es auch um das Remisen-Ausbau-Thema. Hier wird ja ab Herbst 2025 die Remise Eggenberg ertüchtigt, um ja auch diesen neuen Fahrzeugen dann sozusagen an adäquaten Abstellungen und auch Wartung zu ermöglichen. Dazu parallel werden ja eben ab Herbst 2025 mit der Innenstadtentlastungsstrecke die ersten Fahrzeuge angeliefert und in Betrieb genommen. Stichwort Remisen, und ich mache es heute wirklich sehr schnell, damit Sie dann auch genug Zeit haben, das dann zu erörtern, ist, wo werden die Fahrzeuge abgestellt und wo werden sie gewartet. Hier

ist ein ganz großes Projekt im Rahmen des Masterplans Schiene, übrigens eines der Projekte, das wir auch aus dem Grundsatzgemeinderatsbeschluss jetzt sozusagen auch ausrollen. Wie sind hier die ersten wichtigen Schritte in die richtige Richtung erforderlich, um schlussendlich ein sehr gutes Gesamtkonzept beim Remisen-Ausbau zu haben? Da läuft derzeit gerade die Leitung der Stadtbaudirektion die funktionale Prüfung der Remise Steyrergasse Süd mit einem externen Planer, und natürlich auch unter Einbeziehung aller relevanten Spartenbereichsleitern der Holding Graz Linien, bei dem ich auch jetzt noch einmal extra recht herzlich dafür bedanken möchte für die sehr gute Zusammenarbeit.

Ein weiterer Punkt war, und das haben sie uns auch mitgegeben, ein Grundsatzbeschluss, aber es gab und dafür jetzt noch einmal auch danke an Sie, den einstimmigen Beschluss zur Trassenfestlegung der Südwestlinie Linie 8. Das war nicht unwichtig. Wie viele sich wahrscheinlich von Ihnen noch erinnern können, waren es durchaus immer wieder pendelte Trassen und das hat natürlich alles sein Für und Wider, aber man hat es ja sehr gut, glaube ich, Trasse entschieden und das war für uns ein wichtiger Meilenstein im Juli 2022.

Was derzeit parallel läuft und da können wir wahrscheinlich auch dann im Laufe des Jahres gut berichten, auch wieder unter der Leitung der Stadtbaudirektion, unter Einbeziehung aller relevanten Ämter, die Potenzialuntersuchung, weil so eine Straßenbahnlinie, das haben wir auch gesehen in französischen Städten oder in anderen Ländern, ermöglichen riesengroße Potentiale für den Umraum der eigentlichen Straßenbahnlinie und hier wird gerade geschaut und es ist natürlich komplett different zwischen Gebiet zu Gebiet, wie kann man hier bestmöglich diese neue Trasse nutzen, um die Stadt in Summe noch lebenswerter zu machen und die Gebiete rundherum platzartig, oder seien es auch Straßen, aufzuwerten.

Was noch ein Thema war, aus dem Grundsatzbeschluss, und da können wir jetzt auch noch nicht Details berichten, aber werden wir auch zu einem gegebenen Zeitpunkt machen, aber nur, dass Sie es auch wissen, diese Potenzialanalyse der Ausbau der

Straßenbahnstreckenerweiterung, hier in grün dargestellt, im Wesentlichen die Beschlüsse aus dem Grundsatzbeschluss 2019, den Sie gefällt haben zum Straßenbahnausbau, Südwestlinie, Linie 2, Nordwestlinie.

Darüber hinaus gibt es aus dem ÖV-Konzept, aber auch aus dem Grundsatzbeschluss einige Linien, die wir uns noch genauer anschauen müssen. Da sind wir noch nicht so weit, um das jetzt hier berichten zu können, aber das wird verlässlich auch passieren zu Ihrer Information heute.

Park& Ride ist für uns ein wichtiges Thema, für mich speziell, und ich bin sehr froh, dass wir hier zwei Themen heute auch kurz einleiten können, den Stand.

Das eine ist tatsächlich der Ballungsraum. Wir wissen, wenn Leute eine bequeme Umsteigbeziehung vorfinden, weiter draußen, weit vor der Stadtgrenze, ist es zum einen für uns extrem wichtig, zum anderen aber nicht in unserem

Zuständigkeitsgebiet. Also eine große Herausforderung. Darum haben wir uns entschlossen, 2023 mit dem Land Steiermark gemeinsam so einen Auftrag zu

beauftragen, hier Potenziale herauszuziehen aus dem S-Bahn-System, aber auch aus dem Regionalbus-System, weil auch die Regionalbusse vom Land Steiermark sukzessive und bis zu 100 % pro Jahr erweitert werden. Hier korridorweise zu schauen, wo sind geeignete Standorte für das Land und für diese Standortgemeinden in Zukunft, um hier neue Park & Ride Standorte zu finden oder bestehende, in welcher Größe,

auszubauen. Das wird ein Teil dieser Untersuchung sein und das wird jedenfalls 2024 in Abstimmung mit dem Land Steiermark auch hier präsentiert werden können oder im zuständigen Ausschuss.

Aber der Ballungsraum ist ja nicht genug in dem Fall, wir müssen auch unsere eigenen Park-and-Ride-Plätze im Stadtgebiet anschauen. Das war auch einer der Empfehlungen oder der Vorgaben aus dem Grundsatzbeschluss 2023. Hier haben wir auch erste Abstimmungsgespräche, um die Auslastung unserer eigenen Anlagen zu besprechen. Klar ist Murpark etc., das haben wir vor Corona gesehen, sind an der Grenze gewesen. Wir müssen ja schauen, wo wir eben sukzessive auch hier Ausbauempfehlungen dann

fachlich vorstellen können zur Entscheidung für die Politik. Aber auch für die anderen Punkte, die auch im Grundsatzbeschluss angesprochen worden sind, werden hier mit untersucht und auch hier werden wir dann berichten. Ich habe gesagt, das Projekt ist jetzt erst vor kurzem gestartet.

Dann noch kurz abschließend zur Bahn, weil es ist doch eine Synergie und ein System, wie der Name schon sagt und es wurde auch schon gesagt, wir sind ja hier nicht sozusagen mit Graz alleine. In Wahrheit, ich war dabei, wie das eigentlich begonnen hat, mit diesem Baltisch-Adriatischen Eisenbahnkorridor in den Zehnerjahren in Brüssel, das war nicht so ganz klar, dass das auch wirklich so kommen wird. Damals hat das Steiermarkbüro erstmal die Idee in Brüssel aufgeworfen und sehr stark auch lobbyiert. Gott sei Dank, ist alles gut gegangen und dieser Kernnetzkorridor ist beschlossen worden in der EU, in den zuständigen Gremien. Da geht es jetzt gar nicht so, aber auch um das Thema Graz-Klagenfurt. Da geht es auch um das Thema Ostseehafen Rostock bis Tiefwasserhafen Triest, da geht es ja um Koper-Verbindung nach Danzig, italienische Wirtschaftsräume und das alles fließt über Graz und was Österreich macht, ist eben hier die großen Tunnelprojekte als ÖBB, als BMK, Koralmtunnel, der nächstes Jahr fertig wird, der Semmeringbasistunnel aufgrund der Geologie und der Wassereinbrüche etwas später, aber auch das liegt alles auf dieser Achse. Also es geht sehr wohl lokal stark, strahlt aus für Graz, aber auch international, europäisch ein wichtiger Korridor.

Runtergebrochen und jetzt die Lupe wieder ganz stark auf Graz sozusagen gezogen, was passiert in nächster Zeit für Sie zur Information, was passiert gerade jetzt? Wir haben hier zwei wichtige, aus meiner Sicht, Brückenköpfe, die nicht im Stadtgebiet von Graz sind, aber uns massiv beeinflussen werden, positiv.

Im Südosten wird der Nahverkehrsknoten Raaba ausgebaut, gerade jetzt. Der wird 2026 fertig. Hier wird die Josef-Krainer-Straße unterführt, die Verkehrssicherheit für Fußgänger und Radfahrer massiv verbessert, aber auch für KFZ, die derzeit oft auf der

Eisenbahnkreuzung kritische Situationen dort erleben müssen. Weiters gibt es auch eine ganz neue Möglichkeit von der Ostbahn ins städtische Bussystem umzusteigen und das wird eben ab 2026 in Betrieb sein.

Der gleiche Brückenkopf entsteht auch auf der Südwestseite von Grazer Umland in der Vorstadt, und zwar in Seiersberg. Auch hier ist die Gemeinde seit Jahren bestrebt, die GKB-Eisenbahnkreuzung zu unterführen, nicht an der gleichen Stelle, etwas südlich. Hier auch ihre Gemeinde zur Stadtvorstadtentwicklung zu forcieren und auch hier wird es eine große Umsteigebeziehung dann geben können zwischen GKB und städtischen Bussen. Weiters, jetzt im Stadtgebiet haben sie im Oktober 2022 diesen Beschluss gefasst für die Unterführung der Graz-Köflach-Eisenbahnstrecke. Hier werden nicht nur vier neue Nahverkehrsknoten geschaffen, ich glaube heute ist ja auch ein Stück für die Grundbeschaffung der Peter-Rosegger-Straße vorgesehen, plus eine Unterführung. Es wird insgesamt die ganze Durchwegung zwischen den Bezirken verbessert, sodass wir auch eine Unterführung der Südbahn haben. Gerade Radfahrer und Fußgänger haben Verbesserungen, die Verkehrssicherheit steigt und ist ja eigentlich auch alternativlos. Die einzigen Alternativen wären Schrankenanlagen, die aber natürlich sehr stark was trennendes haben. Die S-Bahntakte werden massiv gesteigert werden müssen, da es um 10-Minuten-Takte nach unten. Wenn man Schranken hätte, würde man eigentlich nur mehr mit dem Verkehrsmittel dort stehen.

Ein Projekt des Bundes ist die Elektrifizierung der Graz-Köflach-Bahn, das stark zur Dekarbonisierung beiträgt und wir sind hier sozusagen auch übers Stadtgebiet betroffen.

Und jetzt komme ich abschließend zum Rahmenplan, weil das, glaube ich, besonders wichtig ist, und zum Zielnetz. Zur Erklärung, der ÖBB-Rahmenplan ist sozusagen das Bauprogramm der ÖBB, in dem die nächsten Projekte der nächsten fünf Jahre beschrieben werden. Wir haben jetzt von 2024 bis 2029 einmal aus dem aktuellsten Rahmenplan ein paar Projekte herausgezogen. Der Rahmenplan rolliert und wird also

ständig erneuert, da sich Dinge doch auch verzögern, selten beschleunigen. Ehrlicherweise. Hier sieht man auch zum Beispiel das Projekt Bahnhofsumbau Messendorf, was ja bei Raaba neben liegt. Wieder bauen wir mit, die Unterführung Tiefentalweg, wo man statt einer Treppenanlage mit einer Schieberinne eine komplett neue, barrierefreie Unterführung für Fußgängerinnen und Radfahrerinnen bekommen. Die Gemeinde Raaba-Grambach, das Ganze sogar fortgesetzt, im Zuge der Radoffensive Richtung Graz-Umgebung.

Der Zielnetzprozess, das wäre jetzt die letzte Folie fast, das wurde ja auch angesprochen. Das ist vielleicht nur zur Erklärung noch, die Präsentation war ja vor kurzem, ist noch kein Ergebnis. Es läuft jetzt gerade der Konsolidationsprozess, das heißt, man kann jetzt auch noch Themen einbringen. Das ist, glaube ich, ein wichtiger Exkurs für Sie auch noch einmal, und wenn Sie es auch wahrnehmen wollen, weil die politische Beschlussfassung läuft erst 2024. Hier wird auch noch einmal die Erklärung, der Zielnetzprozess formuliert anhand von Module, wie zum Beispiel Graz-Köflachbahn, aber was in den Modulen dann passiert, ist dann im Bauprogramm drinnen. Die Module heißen zum Beispiel jetzt Bruck-Graz, aber im Modul Bruck-Graz ist der Nahverkehrsknoten Gösting als Projekt drinnen. Zum Beispiel, neben dem zweigleisigen Ausbau auf der GKB-Strecke, sind eben auch der zweigleisige Ausbau für uns tatsächlich wichtig, auch für Graz, weil es Schienennetz Graz als Stichwort für mich war, auch der Ausbau bis zur Stadtgrenze, weil dadurch auch über die S5 bessere S-Bahn-Verbindungen bekommen in die Stadt, um eben diese Ziele beim Stadtgrenze überschreitenden Verkehr, gerade die ja Sie beschlossen haben, im mobilitätsplan Graz 2040 besser erreichen zu können und auch die Errichtung eben gerade des Nahverkehrsknotens Graz-Gösting ist in dem Modul Bruck-Graz drinnen, aber auch eben der viergleisige Ausbau der Südstrecke von Graz bis Fronleiten, also hierbei zu den heutigen zwei Gleisen, noch zwei dazugelegt werden müssen. Was wir jetzt machen dürfen aufgrund des Grundsatzbeschlusses, zuletzt, wir waren im Juli 2023 und damit bin jetzt fast schon am Ende, erste Gespräche mit der ÖBB führen dürfen,

weil das war vorher nicht möglich, weil wir gar kein Mandat dafür gehabt haben. Die waren sehr erfreut über unsere Kontaktaufnahme.

Wir haben jetzt im letzten Halbjahr 2023 dann einmal soweit alle unsere Vorstudien, die Sie im Wesentlichen jetzt von mir gehört haben, alle übergeben, das sind durchaus, ja, natürlich sehr umfangreiche Datenmaterialien, an die ÖBB und wir haben einige Arbeitsgruppentermine jetzt von der ÖBB erhalten.

Die ÖBB lädt uns ein zum Thema S-Bahn-Tunnel konkret, das Projekt läuft jetzt eben unter dem Namen Perspektive S-Bahn-Tunnel und unser Bild sozusagen ist heute das, dass eben dieses S-Bahn-Tunnel-Projekt kein Projekt der Stadt sein wird, das sind wir natürlich beteiligt. Aber es ist ein Projekt der ÖBB. Wir würden gerne, sobald es möglich ist, auch über die Arbeitsgruppen berichten. Ich glaube, wichtig ist für uns nur, dass auch uns signalisiert wurde, dass wir das auch sofort im Zielnetz 2040 urgieren. Es wird das Wort "Durchbindung des urbanen Raums der Stadt" jedenfalls im Endprodukt des Zielnetzes vorkommen. Also, wir werden da abgesichert sein. Es wird das Projekt "S-Bahn-Tunnel-Graz" nicht drinnen sein können, weil wir einfach in den Entscheidungen vorab zu langsam waren. Also, jetzt gar nicht negativ gemeint, es war nicht mehr möglich, ein Projekt "S-Bahn-Tunnel" hier einzupflegen. Aber die Erklärung, dass die Stadt durchwegt werden muss, auf Minus 1 durch eine Eisenbahnachse, wird im Zielnetz in einem Kapitel erwähnt werden und das ist für uns ein großer Erfolg, für uns alle, die ich auch vorher beschrieben habe. Ansonsten wollte ich jetzt noch erklären, kurz, wann wir uns das nächste Mal mit der ÖBB treffen. Tatsächlich war es gestern der letzte Arbeitstermin mit den ÖBB-Vertretern, die eben aus Wien gekommen sind, aus der Abteilung für strategische Planung. Wir haben den nächsten Termin Anfang April. Sobald man da wirklich inhaltlich gut berichten kann, machen wir das sehr gerne. Soweit im Mai kurzer Aufriss zum Thema, "Was tut sich rund um das Schienennetz Graz". Ich möchte mich bedanken für die Aufmerksamkeit, stelle ich glaube ich für Fragen, wie alle meine Kollegen, immer zur Verfügung und sage danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir sagen danke, Herr Diplom-Ingenieur, für die großartige Zusammenfassung einer Arbeit, die über Jahre hindurch dauert und die man einfach nicht in zehn Minuten hier sagen kann. Also ich darf die Frau Vizebürgermeisterin bitten um ihre Wortmeldung.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Der Dank gilt auch meinerseits an den wirklich ausführlichen Bericht, danke Wolfgang Feigl, weil die Fachabteilungen, sieht man und es sind viele, war schon erwähnt, sind der Materie oft näher als die Politik, weil eben viele Verhandlungsrunden mit dem zuständigen fachlichen Personal stattfinden. Ich möchte deswegen ganz kurz zu Beginn dieser Debatte, weil es könnte ja sein, dass wir uns in Details verlieren, noch ein paar grundsätzliche Überlegungen zur Verkehrsplanung, die Wolfgang Feigl ja auch schon gesagt hat, immer auch Stadtplanung ist, vorausstellen. Viele erinnern sich vielleicht: „mehr Wiesen, mehr Bäume, mehr Platz zum Spielen“. Nein, das ist kein Auszug aus einem grünen Wahlprogramm, das waren Zitate aus dem Sommer des Zuhörens, aus dem Referat für Jugend und Familie, wo Buben und Mädchen im Alter zwischen 6 und 13 Jahren ihre Wünsche an die Grazer Stadtregierung formuliert und aufgeschrieben, aufgezeichnet haben und da ist ganz viel um Verkehr, um den öffentlichen Raum und um die Zukunft der Stadt gegangen.

Wenn wir nämlich, so wie heute, wieder einmal über den Verkehr und das Schienennetz diskutieren und das Angebot steht, Wolfgang Feigl hat formuliert, wir tun das ja immer auch ausführlich im entsprechenden Ausschuss jedes Mal und berichten gerne über weitere Fortschritte, wenn wir also über die Verkehrswende, über den Mobilitätswandel diskutieren, dann sollen wir auch an diese Kinder denken, nicht nur, weil Kinder oft bessere Ideen haben, sondern, weil es so schön heißt, weil sie unsere Zukunft sind, im Gegenteil, wir sind jetzt die Zukunft dieser Kinder, das heißt

alles, was wir jetzt machen, die folgenden Entscheidungen von jetzt, werden entscheidend sein für die Zukunft der Kinder, wenn sie längst erwachsen sind und wenn sie ihre eigenen Kinder haben.

Und ich erinnere nur, niemand kann sich das mehr vorstellen, viele von hier waren noch nicht einmal auf der Welt, 1972 wurden unter ganz großen Protesten die Autos aus der Herrengasse verbannt, man kann sich das gar nicht mehr vorstellen, dass die Herrengasse jetzt keine Fußgängerzone ist und ich glaube, niemand von uns wollte, dass da noch Autos durchfahren. Graz ist stark gewachsen und wir haben heute schon viel über den öffentlichen Raum geredet. Das bedeutet aber nicht, dass der Platz größer wird oder mehr wird, sondern dass die Stadt einfach voller wird. Das heißt, wir müssen schauen, wie der Platz für die Menschen, derselbe bleibt und wie wir die Verkehrsarten und die Verkehrskonzepte so gestalten. Ich möchte nur noch einmal in dem Zusammenhang betonen, dass Verkehr immer gesamtheitlich gedacht ist. Das Schienennetz ist Teil unserer Verkehrspolitik, die Menschen sind Teil unserer Verkehrspolitik. Und ich komme noch einmal darauf zurück, weil du das auch erwähnt hast im Sinne von, was ideologisch wäre an dem Ganzen. Es ist die Frage der Verteilung des Platzes in unserer Stadt, nicht ideologisch, sondern einfach nur logisch, weil jedes Kind weiß, dass ein Auto auf der Straße so viel Platz braucht wie zehn Radfahrende oder 20 zu Fuß Gehende. Die Hälfte aller Strecken, die in Graz mit dem Pkw zurückgelegt werden, sind kürzer als fünf Kilometer. Und in einer Straßenbahn, da haben wir es wieder, das Schienennetz, haben bis zu 200 Personen Platz. Bis zu 200 Personen, die nicht im Individualverkehr Platz haben. Viele der innerstädtischen Wege ließen sich, du hast recht, mit Öffis oder auf dem Rad schneller zurücklegen. Deswegen bauen wir alles gleichzeitig aus und vieles auch um und es gibt natürlich keine Frage, wir haben es heute schon gehabt in der Fragestunde auch, es gibt viele Anlässe, wo das Auto unverzichtbar ist, wo Menschen aus gesundheitlichen Gründen darauf angewiesen sind. Der Lieferverkehr stößt mit dem Lastenrad irgendwann an seine Grenzen und da wird man auch in Zukunft das Auto brauchen. Aber je mehr Menschen

zu Fuß gehen, mit dem Fahrrad fahren oder die Öffis nutzen, die wir massiv ausbauen, desto mehr Platz hat der verbliebene motorisierte Verkehr, der dann sogar flüssiger wird. Um deswegen müssen wir dieses gesamte Netz und den Verkehr im Sinne der Verkehrsplanung und Stadtplanung immer zusammen denken.

Und wenn wir alles machen, breitere und sichere Gehwege, Radwege bauen, wenn wir die Straßenbahnverbindungen ausbauen, dann wird das Umsteigen einfach attraktiver. Deswegen, es war jetzt gerade erwähnt, auf der ersten Folie von Wolfgang Feigl, jede politische Entscheidung hängt mit vielen anderen politischen Entscheidungen zusammen. Der Grundsatzbeschluss zum öffentlichen Verkehr, an dem wir sehr lange gearbeitet haben und ich bin froh, dass er einstimmig war, weil er, das wird immer wieder aus den Fachabteilungen auch betont, eine wichtige Basis ist für die Verhandlungen mit dem Land und mit dem Bund, der hängt eng zusammen mit dem Beschluss zur klimaorientierten Stadtplanung, eng zusammen mit dem einstimmig beschlossenen Klimaschutzplan und der wiederum beeinflusst unsere Mobilitätsziele bis 2040, deswegen kann ich Verkehrspolitik nicht mit den Schienen gedrängt betrachten, sondern muss es immer gesamtheitlich sehen.

Der Bund unterstützt uns erstmalig, ich möchte es betonen, weil die Frage war sozusagen, wie viel Unterstützung kommt von der Ministerin oder aus dem Bund, erstmalig mit € 38.000.000,00 die Stadt Graz. Auch das Land unterstützt uns dankenswerterweise bei der Radoffensive und bei vielen anderen Projekten.

Kleine Anmerkung zum Bund und zur Frage, es war schon erwähnt, das, was du zitierst, lieber Kurt, ist der Entwurf, dass der Fachentwurf für den Rahmenplan, für das Zielnetz, und natürlich wird der S-Bahn-Tunnel nicht als Tunnel, wie erwähnt, sondern in einem Perspektivenkapitel auch vorkommen. Das ist besser als nichts und es hat lange genug gedauert, damit das endlich Platz findet, weil man sich zu lange in dieser Stadt mit anderen Debatten aufgehalten hat. Ich bin sehr, sehr froh, dass wir viele Dinge in Angriff genommen haben, gemeinsam in der Koalition mit der KPO, mit der

SPÖ. Ich sehe die Bürgermeisterin als wirkliche Partnerin und Unterstützerin sämtlicher Projekte, die wir da angehen und umsetzen. Auch die SPÖ mit unserem Vorsitzenden Lenartitsch im Ausschuss, wir ziehen an einem Strang und wir haben mehr denn je umgesetzt. Wir werden auch weitermachen. Natürlich kann man jetzt jammern und behaupten, das ist alles viel zu wenig und das Wenige ist das Falsche. Es staut sich in der Stadt wie nie zuvor und wenn noch weitere Parkplätze verloren gehen, dann stirbt die Innenstadt. Und natürlich führt Veränderung oft zu scharfem Gegenwind, aber den kann ich aushalten und ich muss auch erwähnen, das hört man dann oft nicht so laut, es kommen sehr, sehr viele positive Rückmeldungen. Menschen, die froh sind, dass wir Platz schaffen, dass wir eine Veränderung vorantreiben. Eins möchte ich gern all jenen, die sich in den sozialen Medien oder sonst so mit Wut und Häme oft übertrumpfen über die Grazer Verkehrspolitik, eins möchte ich euch allen bitte gerne ins Stammbuch schreiben, glaubt ihr allen ernst? Glaubt ihr, dass ich Haltestellen verschiebe, glaubt ihr, dass ich Haltestellen auflassen kann, einfach so, glaubt ihr, dass ich Parkplätze nach Lust und Laune einfach streiche, glaubt ihr, dass ich Großbaustellen organisiere und mutwillig verzögere, glaubt ihr das wirklich?

Ich glaube, ich sage, was ich glaube und bin überzeugt davon, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unserer Stadt, die Stadtbaudirektion, die Verkehrsplanung, die Stadtplanung, die Holding Graz jeden Tag ihr Fachwissen und ihr Wissen nach bestem Wissen und Gewissen einsetzen. Jeden Tag, die geben ihr Bestes, die haben meinen Respekt und meine Anerkennung, ich glaube. Unser aller, und wir haben diese Häme, diesen Spot nicht verdient. Ein herzliches Dankeschön euch allen. Nicht nur klein- und mittelgroße Städte wie Ljubljana, unsere Nachbarstadt, oder Groningen, auch Metropolen wie Paris und Barcelona haben aus der Verkehrsüberlastung längst ihre Konsequenzen gezogen, und das ist höchste Zeit. Daran arbeiten wir, dass wir handeln, auch wenn es nicht allen gefällt. Dennoch diesen Mut müssen wir aufbringen, da sind wir unserer Stadt schuldig, da sind wir der Zukunft

unserer Kinder schuldig, das sind wir unserer Stadt schuldig und das sind wir uns selbst schuldig. Danke.

Gemeinderat Topf:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, geschätzte Stadtregierung, verehrte Kolleginnen und Kollegen, Gemeinderat, Zuseherinnen und Zuhörer, aber auch vor allem geschätzte Mitglieder des Vereins Öffentlicher Verkehr mit Lebensqualität, die ich auf der Galerie herzlich begrüße und willkommen heiße. Ich möchte vorerst auf den erst kürzlich präsentierten und heute auch schon vorgestellten ÖBB-Zielnetzplan 2040 eingehen, wonach, durchaus positiv erwähnt, neben dem viergleisigen Ausbau der Südstrecke im Raum von Fronleiten-Graz auch die Errichtung des Nahverkehrsknotens Gösting angeführt sind. Zusätzlich ist offensichtlich ebenso der zweigleisige Ausbau der eingleisigen Abschnitte zwischen Graz und der Staatsgrenze nach Spielfeld-Straß mit Umbau des Bahnhofes Spielfeldstraß geplant, mit großer Verwunderung, und das betone ich jetzt bewusst, habe ich jedoch auch den zweigleisigen Ausbau der GKB-Strecke zwischen Graz und Lieboch, ich betone bewusst Graz und Lieboch, mit Adaptierung des Grazer Hauptbahnhofes und Errichtung zusätzlicher und umbaubestehender Verkehrsstationen vernommen, aber bedauerlicherweise, und das betone ich ja auch und unterstreiche, derzeit keinen einzigen Hinweis auf Maßnahmen für eine S-Bahn-Führung im Grazer Stadtgebiet.

Die Stichworte lauten dazu, Tunnel kurz und lang, mit den entsprechenden Varianten, die untersucht wurden.

In diesem Zusammenhang möchte ich im Einvernehmen mit dem zwischenzeitlich gegründeten Verein „Öffentlicher Verkehr mit Lebensqualität“, derzeit über 70 Mitglieder und über 1000 Unterschriften für eine Petition an Stadt, Land und Bund ausdrücklich darauf hinweisen, dass das Elektrifizierungsprojekt in Graz derzeit nur einen 1,3 Kilometer langen streckenweise zweigleisigen Ausbau im Stadtraum

zwischen Wetzelsdorfer Straße, so genau steht es auch im Bescheid drinnen, und Grottenhofstraße vorsehen und zwar ausschließlich dafür, auch hier nochmals ausdrücklich betont, ausschließlich dafür gibt es einen UVP-Feststellungsbescheid mit dem entsprechenden Gesetz vom November 2020.

Der offensichtlich beabsichtigte durchgehende zweigleisige Ausbau von Graz Hauptbahnhof bis Lieboch wäre aufgrund der Streckenwände über 2,5 Kilometer, Unterlage im Schongebiet, der Kategorie C, Wasserschongebiet, UVP-pflichtig. Damit wäre auch das Elektrifizierungsprojekt als integrativer Bestandteil der Ausbauvorhaben für das Zielnetz 2040 UVP-pflichtig.

Eine Splittung von Vorhaben zur Umgebung der UVP-Pflicht beziehungsweise die Teilrealisierung von UVP-pflichtigen Vorhaben ohne gültigen UVP-Bescheid ist unzulässig, auch entspricht dem aktuellen Bescheid genehmigte Zugfrequenz von 45430 Zufahrten, so genau ist es definiert, im Jahr für den Zeitraum bis zur Inbetriebnahme der Koralmbahn und Elektrifizierung des Streckennetzes der GKP und für den Zeitraum danach nicht mehr dem 2040 geplanten, auch schon erwähnten, Zehn-Minuten-Takt. Damit würden neben der bereits im UVP-Feststellungsbescheid bestätigten Erhöhung der Zugzahlen um über 25 % auch die Zugfrequenz, und das ist entscheidend, von 60.000 Zügen im Jahr in einem Schutzgebiet der Kategorie E, so ist es im UVP-Gesetz definiert, Siedlungsgebiet überschritten und das gesamte Vorhaben UVP-Pflichtig.

Dagegenstehend wäre der UVP-Feststellungsbescheid, die sich darauf stützenden Eisenbahnrechtlichen Bewilligungsprojekte und Planungen und teilweise bereits laufenden Umsetzungen auf der GKB-Strecke, zum Beispiel Unterführung Peter-Rosegger-Straße, entsprechen also nicht mehr den aktuellen Zielnetzplanungen bis 2040.

Ich möchte an dieser Stelle auch darlegen, dass die aktuell geplante Elektrifizierungsweise der GKP mit der Verlegung von Hochspannungsfreileitungen mitten durch gewidmete allgemeine und reine Wohngebiete verbunden wäre und der

nun vom Graz-Hauptbahnhof bis Lieboch, noch einmal Graz-Hauptbahnhof bis Lieboch durchgehend geplante zweigleisige oberirdische Streckenausbau, die Verlegung von S-Bahngleisen in zahlreichen Heimgärten, Hausgärten entlang der Trasse erfolgen würde. Es ist daher durch die Stadt Graz dringend die Forderung zu erheben, dass seitens der zuständigen Behörden die aktuellen Eisenbahnrechtlichen Bewilligungsprojekte in Planungen und Ausbaumaßnahmen im Raum Graz bis zur definitiven Festlegung des Zielnetzes 2040 bzw. bis zum Vorlegen eines der aktuellen Ausbaupläne Rechnung tragenden UVP-Feststellungsbescheiden unterbrochen werden, unabhängig von den bereits mehrfach eingemahnten Informations- und Bürger- und Beteiligungsveranstaltungen.

Davon haben wir bis jetzt nichts gehört, und unabhängig davon, ob bereits eisenbahnrechtliche Bewilligungsbescheide erlassen wurden.

Diesbezüglich verweise ich ausdrücklich auf das letzte Treffen, die letzte Besprechung mit dem vorgeladenen Verein am 5.2.2024, wo auch Kollege Gemeinderat Kurt Luttenberger und der Bezirksvorsteher außer Dienst und jetzige Bezirksrat Christoph Richter teilgenommen und die Bestürzung und Verärgerung der Betroffenen hautnah gespürt haben.

Letztendlich muss ich bereits zum wiederholten Male den Grundsatzbeschluss am 25. Mai im Gemeinderat einstimmig angenommen zitieren, wonach im Motivenbericht, also auch in der Antragsformulierung, klar und eindeutig in den Punkten 2, 3, 4 und 5 der S-Bahnausbau für die GKB-Strecke auch hinsichtlich der zur Prüfung anstehenden Varianten auf der Ebene minus 1, das haben wir ausdrücklich im Antrag drinnen, ausgesprochen wird. Bis zum heutigen Tag sind keinerlei Informationen beziehungsweise Zwischenberichte im zuständigen Ausschuss oder im Gemeinderat hinsichtlich Bearbeitung und Erfüllung dieses Beschlusses erfolgt. Das ist offensichtlich und das betone ich auch nachträglich und ausdrücklich von politischer Seite gar nicht gewünscht.

Ich möchte noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, dass die Bürgerinnen und Bürger, die hier durch diese Streckenentwicklung an der GKB-Strecke betroffen sind, endlich informiert und entsprechend gehört werden. Dankeschön.

Gemeinderat **Pointner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer, Zuseher auf der Galerie, ich fokussiere mich auf die drei Säulen, die wir einstimmig beschlossen haben im Masterplan, das ist Gehen, Rad und ÖV.

Gehen ist relativ einfach herzustellen, Rad ist relativ einfach herzustellen, wir sind gut unterwegs, ÖV schwierig, aber es gibt einen einstimmigen Beschluss, wir brauchen Minus 1 einstimmig, aber da hängt es, weil das braucht Mut, das ist eine Zukunftsentscheidung, das ist eine strategische Entscheidung, die Mut, strategisches Denken erfordert und da sind wir nicht sehr weit gekommen.

Ich habe jetzt gerade gehört bei dem wunderbaren Bericht, dass Vieles gut läuft.

Danke dafür. Aber es wird uns jetzt als Erfolg verkauft das im Zielnetz 2040 der ÖBB die Minus-1-Durchwägung erwähnt werden wird. Das ist kein Erfolg nach meiner Lesart.

Das ist wie, wenn ein Wirt sagt, ich schreibe Backhändel auf die Speisekarte, dann geht er zum Gast hin und sagt, der Gast will ein Backhändel. Nein, das ist nur erwähnt, das traue ich mir nicht kochen, weil ich traue mich nicht mit heißem Fett umgehen. So ist das und leider ist dadurch derzeit der öffentliche Verkehr und dessen Ausbau in sehr schlechten Händen, schade drum.

Gemeinderat **Huber**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher, was bleibt von der Ansprache unserer Vizebürgermeisterin Judith Schwentner, stehen? Leider nur eines, dass sie sich hinter

der Verwaltung versteckt und nicht zu ihren eigenen Entscheidungen steht, weil mit Stehsätzen, dass der Verkehr nicht ideologisch ist, sondern logisch, gewinnt man maximal einen Marketing-Preis, aber seriös, und Verantwortungspolitik für unsere Stadt geht anders, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin.

Ich möchte die Diskussion, die unser Herr Stadtrat Kurt Hohensinner und mein Kollege Gerhard Topf angeführt haben, um einen Punkt erweitern, nämlich einen Punkt, der zu immer größeren Unmut in der Bevölkerung sorgt, nämlich die mangelhafte Informationswiedergabe, die maximal als lückenhaft bezeichnet werden kann, und man muss sagen, wo Information fällt, wachsen Gerüchte und genauso ist es leider in unserer Stadt, denn die Bevölkerung weiß nicht, was diese Koalition eigentlich im Bereich Verkehr tun möchte und diese Verunsicherung führte dazu, dass wir auch heute diesen Tagesordnungspunkt aufrufen, denn eines ist auch klar, dieses chronische verhindern der Information seit dem November 2021 kann wirklich nicht Sinn und Zweck einer Stadtregierung sein.

Aber nehmen wir uns einmal die einzelnen Projekte dieser Koalition her und gehen zum Beispiel zum Thema Neutorgasse, wo ich ja heute ganz erstaunt war, bis jetzt war immer gedacht, da müssen jetzt die Autos raus, so zumindest hat die Frau Vizebürgermeisterin immer gesagt. Heute haben wir ein Foto gesehen, wo in beiden Richtungen der Autoverkehr oben ist, also ich bin gespannt, das ist ja, hat schon ein gewissen Happening-Charakter, wie zum Beispiel deine Budgetrede. Hat das bei der Frau Vizebürgermeisterin auch immer ein Happening-Charakter. Man weiß nie, was rauskommt. Vielleicht Auto, vielleicht kein Auto. Aber schauen wir einmal, es ist ja noch ein bisschen Zeit in dieser Periode. Aber da hat es ja sowas wie einen Versuch zur Information gegeben, diese beiden Unternehmer-Stammtische. Der erste, der ja in einem völligen Fiasko geendet hat, wo dann die Frau Bürgermeisterin versucht hat, mit € 200.000,00 die Wogen zu glätten. Beim zweiten Stammtisch hat man versucht, klüger zu sein und hat gar keine allgemeine Diskussion zugelassen und das Interessante ist, die Frau Bürgermeisterin das sucht, wenigstens so zu tun, als wären ihr die

Anliegen der Unternehmerinnen und Unternehmer ein Anliegen. Funktioniert auch nicht ganz, aber die Frau Vizebürgermeisterin tut nicht einmal so, sondern das ist eine völlige Missachtung der Anliegen der Unternehmerinnen und Unternehmer in der Neutorgasse und das ist sicher keine verantwortungsvolle Politik, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin.

Ähnliches gilt beim Ausbau der GKB, wo sogar der ehemalige kommunistische Bezirksvorsteher Christoph Richter sich beschwerte bei einer Bürgerversammlung, dass er auch keine Information hat. Also ihr verzichtet auch parteiintern auf die Informationsweitergabe, ist auch ein ganz interessantes Konzept, das kenne ich so nicht ganz, aber das ist vielleicht in einer KPÖ so.

Aber eure Informationspolitik, das wirkt eher so wie ein Slalomlauf. Wo man versucht, Probleme zu fahren, anstatt dass man sie offensiv angeht und aufarbeitet, weil wenn wir uns noch weitere Projekte ansehen, wie zum Beispiel den Umbau in der Burenstraße, mangelnde Bürgerinformation im Vorfeld, keine Befragung, was die Bevölkerung überhaupt möchte und jetzt müssen sie leider mit diesem schwachsinnigen Umbau, der eigentlich nur Probleme macht, leben, also so geht es sicher auch nicht, der fast tägliche Wegfall von Parkplätzen, der wirklich leider zum Ärgernis vieler Bürgerinnen und Bürger stattfindet oder in die Heinrichstraße, wo man ein bisschen angefangen hat, dann hat man wieder aufgehört, weil man ja dann draufgekommen ist, dass man nicht darf, das wäre halt schon im Vorfeld ganz gut, wenn man mit dem Land zum Beispiel spricht, ob man überhaupt etwas machen darf oder nicht, aber da sind wir wieder beim Punkt Kommunikation und das absolute Highlight von der letzten Gemeinderatssitzung im Jänner, die Josef-Uwe-Unterführung, da haben es zwar kommuniziert, nur das, was kommuniziert worden ist, ist ja auch ein Wahnsinn, dass wir eigentlich gar nicht bauen wollen aber wie beschließen trotzdem 1,3 Mio Euro. Das ist dieser sogenannte Happening-Charakter der grünen Vizebürgermeisterin Schwentner. Dann kommen solche Stehsätze wie hätten ja eh diskutiert, aber es ist ja keiner auf uns zugekommen.

Na ja, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, also das ist schon ein bisschen eine Bringschuld auch und nicht nur eine Holschuld, dass wir im Ausschuss nachfragen und wir stehen auch dazu. Wir wollen mit Ihnen nicht nur im Ausschuss diskutieren, wir wollen im Gemeinderat diskutieren, bei Bezirksaussitzungen, aber auch bei Bürgerversammlungen, wo die Bürgerinnen und Bürger dabei sein können und nicht, wo wir im Hinterzimmer irgendetwas bestimmen und die Bevölkerung, die Leidtragenden sind in dieser grünen Fantasiewelt.

Aber das, was für die Bevölkerung gilt, gilt ja leider auch für unsere Bezirksvertreterinnen und Vertreter, den Christoph Richter habe ich ja schon erwähnt, die Bezirksräte werden leider beiläufig und meistens im Nachhinein von wichtigen Entscheidungen für den Bezirk informiert, da sage ich jetzt nicht Lendkai, aber wahrscheinlich ist das euer Konzept, weil beim Kommunalen Plus haben wir ja gelernt, ich wollte die Bezirksdemokratie abschaffen, also denkt ihr euch jetzt wahrscheinlich schon, für was soll man da noch Informationen weitergeben, eigentlich gibt es eh schon bald nicht mehr, aber das ist halt leider auch nicht der Fall, da werden wir auch als ÖVP ankämpfen, aber es ist schon interessant, dass aus dieser Koalition anscheinend sehr mit dem Friedrich-Engels-Held, der Staat wird nicht abgeschafft, er stirbt ab, bei euch ist es halt nicht der Staat, sondern die Bürgerinneninformation und die langsam, aber sicher in dieser Stadt abstirbt.

Zum Abschluss möchte ich noch ein Zitat bringen, gute Informationen sind schwer zu bekommen, noch schwerer ist es, mit ihnen etwas anzufangen und da muss ich leider recht gehen, mit ihrer Art von Politik kann man wirklich schwer etwas anfangen.

Stadtrat Riegler:

Der Standort bestimmt den Standpunkt, das hat man heute eindrucksvoll gesehen bei deiner Rede. Frau Vizebürgermeisterin, denn ich hatte ja die Ehre und das Vergnügen, fünf Jahre lang zuständig zu sein für die Beteiligungen, für die Holding, für die Graz-

Linien. Ich war gemeinsam mit der Frau Bürgermeisterin Elke Kahr als damalige Verkehrsstadträtin im Verkehrskontrollgremium. Es ist interessanterweise immer so gewesen, dass bis 2021 die Grünen genau das gesagt haben, was wir euch jetzt vorhalten, nämlich es geht alles zu langsam, es wird nichts gebaut und der ÖV-Ausbau steht fest. Die ÖVP und der Bürgermeister sind ja nur für die Autofahrer da, all das wurde beklagt, obwohl wir in dieser Zeit 40 Millionen € eingeworben haben vom Toni Lang, vom Verkehrslandesrat. Wir haben damals zwei Straßenbahnlinien ausgebaut, nämlich Reininghaus und Smart City, für die ihr euch abfeiern lässt. Wir haben die Innenstadtentlastung und wir haben die Linie 5, die doppelgleise, den zweigleisigen Ausbau der Linie 5 vorbereitet und finanziert und beschlossen. Das heißt, all das, wofür du dich jetzt abfeiern lässt, wurde bitte in der vorigen Gemeinderatsperiode beschlossen und da habt ihr uns durch Sonnenmond und Sterne geschossen, weil wir angeblich nichts für den ÖV übrig hätten, und jetzt ist es genau umgekehrt, jetzt bist du in der Verantwortung, jetzt bemängeln wir tatsächlich berechtigterweise, fehlende Leadership. Ich werde da nur ein paar Sachen dazu sagen und euch beiden und was ist, die Frau Vizebürgermeisterin versteckt sich hinter dem Verkehrsplanungschef, versteckt sich hinter der Holding Graz, versteckt sich hinter dem Straßenamt, ja bitte schön. Ich war das nicht, der den Stau gemacht hat. Ja, ich war das nicht, der die Parkplätze weggestrichen hat. Gleichzeitig lässt du dich aber in der Zeitung abfeiern dafür, dass du 600 Parkplätze gestrichen hast.

Schauen wir uns einmal ganz in Ruhe an. Wir haben in der vergangenen Gemeinderatsperiode vor ziemlich genau einem Jahr einen Dringlichen Antrag gestellt, in dem wir gesagt haben: "Bitte schön, nutzen wir die Gelegenheit. Koralmtunnel, Koralmbahn, es wachsen zwei große Räume zusammen, das Area Süd. Es werden dann 1,8 Millionen Menschen in diesem Raum leben. Man wird in 45 Minuten von Klagenfurt in Graz sein." Schauen wir uns das gemeinsam an, Frau Bürgermeisterin. Übernimm du die Leadership, übernimm du die Verantwortung. Mach eine Steuerungsgruppe gemeinsam mit den Beamtinnen und Beamten der Stadt Graz und

auch mit den Politikerinnen und Politikern von Klagenfurt und Villach. Nichts ist geschehen, ihr habt unseren Dringlichen Antrag niedergestimmt, wie das immer so ist. Ihr habt den Dringlichen Antrag niedergestimmt. Ich kann dir gerne das Protokoll schicken, und zwar mit der Begründung: "Ja, wenn es etwas zum Reden gibt, dann werden wir eben reden miteinander." und dann hat es genau eine goldene Buchunterzeichnung mit dem Tennislehrer von Jörg Heider gegeben, mit dem dortigen Bürgermeister. Das ist alles, was bisher stattgefunden hat. Ansonsten hat nichts stattgefunden, und das ist traurig. Deswegen habe ich mich dann auch mit dem Kollegen Wirtschaftsstadtrat von Klagenfurt zusammengesetzt, habe auch Area Süd-Entscheidungsträger und wichtige Führungspersönlichkeiten getroffen, habe sie besucht in Klagenfurt. Da fällt darunter Lakeside Park, Geschäftsführung. Da fällt darunter Tourismuschef und wir sind natürlich zu vielen, vielen Punkten gekommen, wo es Zusammenarbeit braucht. Zum Beispiel letzte Woche erst, Kleine Zeitung, Titelstory, zusammenwachsen, MedUni Graz mit MedUni Klagenfurt, ein unglaublich wichtiges Thema. Wir haben Fachhochschulen in Villach und in Klagenfurt, wir haben Fachhochschulen hier in Graz, wir haben Studierendenaustausch. Ja, selbstverständlich muss man darüber nachdenken, ja, selbstverständlich muss eine gute Weltbürgermeisterin, eine Bürgermeisterin, die tatsächlich ein Weltformat hätte und nicht nur Blumensträuße entgegennimmt, ja, die hätte sich tatsächlich darum kümmern müssen, dass man frühzeitig da eine Steuerungsgruppe einsetzt und gemeinsam überlegt, ja, wie kriege ich denn überhaupt die ganzen Studierenden, die in Graz am Hauptbahnhof ankommen, dann tatsächlich auf die Uni. Der Herr Pointner hat vollkommen recht gehabt. Ihr habt es mutwillig und aus reinem parteipolitischen Kalkül die Minus-1-Lösung blockiert. Jetzt wollt ihr halt eine S-Bahn irgendwann in 20 Jahren von Gösting zur Messe runterbringen. Dort ist keine Uni, dort braucht niemand hin zum Studieren. Ihr müsst jetzt darüber nachgedacht haben, schon längst, dass ihr die Studierenden und die Pendler und Pendlerinnen. Da gibt es ca. 35 % zusätzlich an Pendlerbewegungen, die zu erwarten sind, dass ihr die vom Graz Hauptbahnhof rüber

nach Leonhard bekommt, zur MedUni, zur Universität, zum LKH und zu vielen anderen Betrieben und das ist nicht geschehen, da ist Null Bewegung, das was du, Judith, erzählt hast, waren lediglich die Projekte der vergangenen sechs Jahre, die eh alle schon beschlossen sind, inklusive Aufspreizung der Linie 1 Mariatrost, die im Übrigen auch schon unter der Elke vor sieben Jahren oder sechs Jahren beschlossen wurde als Verkehrsstadträtin und wo bis heute kaum was weitergeht.

Also das ist die Wahrheit und da muss ich sagen, leider habt ihr diese Riesenchance aus reinem Kalkül und aus reinem Mutwillen ausgelassen, dass ihr das Minus 1 ermöglicht habt, damit ihr tatsächlich diese Pendler:innenströme tatsächlich gut und schnell vom Bahnhof weg in die verschiedenen Arbeitsgebiete bringt, alles Querschnittsmaterien, die hier behandelt werden müssen, bisher ist da nichts weitergegangen und ich muss sagen, es ist sehr bedauerlich und es wird Zeit, dass die Menschen auch diese Umstände wahrnehmen. Insofern danke ich für die heutige Diskussion.

Vorsitzwechsel – VizeBgm Mag. Schwentner übernimmt den Vorsitz (15.30 Uhr)

Bürgermeisterin **Kahr**:

Eigentlich gibt es wenig zu sagen, weil der Verkehrsplanungsleiter von uns gebeten wurde, frei von jeder Parteipolitik einfach die Geschichte des schienengebundenen Verkehrs und die Beschlüsse, die wir hier gemeinsam gefasst haben, und die Zielsetzungen auf den Punkt zu bringen und teilweise auch in Erinnerung zu rufen. Es wird sehr viel Kraut und Rüben geredet, wenn man das so sagen möchte, und mich staunt teilweise auch. Manche sind ja erst noch nicht so lange befasst mit dem, auch viele, die sich jetzt so zu Wort gemeldet haben. Ich kann mich gut an Sachen erinnern, wenn dann Fachexperten gesagt haben, wir brauchen dort oder da eine Linie. Es hieß im Kontrollgremium, weil in den fünf Jahren habe ich auch viel Einblick gehabt, was

dann konkret immer gesprochen wurde dort, wo die Entscheidungen getroffen worden sind. Wir brauchen das alles eh nicht, weil die ganzen Busse, die fahren halb leer durch die Gegend und lauter solche flapsigen Antworten, wenn eigentlich von fachlicher Seite ganz genau gesagt wurde, warum wir dort oder da Liniennetzausbauten brauchen. Es gibt eine Konstante und eine Kontinuität, und das kann ich Ihnen hier definitiv sagen. Auch wenn es Ihnen noch so sehr vielleicht anzipft, salopp gesagt, aber es ist halt einmal so, dass ich seit 1993 da herinnen bin und diese Debatten zum Verkehr mitverfolge. Vor allem die Debatten zum Verkehr, wenn es darum geht, den öffentlichen Verkehr auszubauen. Linie 6 hat der Herr Stadtrat Kurt Hohensinner genannt. Also 20 Jahre ist über das Auf und Ab debattiert worden unter der Ägide durchaus die längste Zeit von ÖVP Stadträten. Ich werfe Ihnen das hier heute nicht vor, ich wäre gar nicht auf die Idee gekommen, aber wenn Sie ständig hier Äpfel mit Birnen vergleichen, ständig in unlautersterweise versuchen, Kollegin Vizebürgermeisterin Schwentner in einer Art und Weise untergriffig anzugehen, dann möchte ich Ihnen sagen, es ist weder die Grüne Partei noch die Sozialdemokratische Partei noch die KPÖ, die das Schienennetz rückgebaut hat in der Verantwortung damals in den 60er-Jahren. Es war auch nicht, ihr denkt nach, wir, die Grünen und ich nicht, die Grünen und die KPÖ war es auf jeden Fall nicht, die Grünen hat es damals gar nicht noch gegeben und die KPÖ hat als einzige Partei dort dagegen gestimmt.

Ich erwähne das ja nur jetzt und ich wäre im Traum nicht auf die Idee gekommen, weil wir haben ja auch Menschen, die hierzuhören, da gehört wirklich sehr, sehr viel dazu und ich erinnere nur an die Debatte zur Südwestlinie. Ich habe keine vorbereiteten Reden, so wie ihr, ich sage das aus dem Gedächtnis jetzt heraus, aber die Südwestlinie alleine hat mehrere Stadträte hier im Verkehr verbraucht und Gottseidank haben wir jetzt eine Koalition, die sich klar für diesen Ausbau dazu bekennt und, Entschuldigung, hast du den letzten Beschluss nicht mitgetragen? Aber darf ich nur fragen, jetzt komme ich zum Gemeinderat Pointner. Er ist ein großartiger Dirigent, und seine Gattin ist eine Musikerin. Ja, glaubst du, du beherrschst das Instrument am Ende in der

Qualität, wie es sein soll? Jedes Verkehrsprojekt, das weißt du ganz genau, vom Beginn der ersten Debatten bis wo die Fachleute und Experten, da vergehen Jahre.

Die Grundsatzentscheidung, diese Linienführung so zu treffen, ist jetzt in der kurzen Zeit gefallen, weil es ständig vorher einmal so geheißen hat, einmal so geheißen hat, und das ist ja das, was uns eigentlich Zeit gekostet hat. Hätten wir damals in der vorletzten Periode diese Grundsatzentscheidung mehrheitlich hier getroffen, dann wären wir eigentlich schon viel weiter. Es ist dieser Stadtregierung zu verdanken, dass wir endlich das erste Mal in der Geschichte vom Bund einen Zweckzuschuss erhalten haben für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Das hat es unter der ÖVP-Regierung vorher nicht gegeben.

Also diese ständige, ihr unterstellt uns immer Klassenkampf, wir führen keinen Klassenkampf, weil für uns, wie es heute die Judith Schwentner vollkommen richtig gesagt hat, wir müssen alle Verkehrsteilnehmer und Verkehrsteilnehmerinnen sehen. Aber in einer Stadt ist ganz klar, dass der öffentliche Raum enden wollend ist und er muss unbedingt an erster Stelle und zugunsten des öffentlichen Verkehrs sein. Das haben wir jahrzehntelang gesagt. Das ist das Rückgrat in einer Stadt und in jeder Stadt und gleichermaßen müssen wir auf unsere zu Fuß Gehenden und auf den Radverkehr schauen. Das heißt nicht, dass uns deshalb Autofahrer oder Autofahrerinnen, die dies brauchen, nicht auch wichtig sind. Es sind in der Periode, übrigens noch zur Korrektur, es war der Kollege Stadtrat, Vizebürgermeister, Entschuldigung, damals Eustacchio, der den Mariatrost-Linien-Ausbau begonnen hat. Das war gar nicht in meiner, das möchte ich nicht auf meine Federn nehmen, es hat schon damals begonnen, nur so viel, damit man weiß, welchen Zeitraum so etwas einnimmt.

Ich möchte einfach noch einmal plädieren, wenn Sie tatsächlich Freunde des öffentlichen Verkehrs sind und nicht nur irgendwie so dahingereden und haben möchten, dass wir hier weiterkommen, dann würde ich Sie dringend ersuchen, sachlich zu bleiben und die Vorhaben der Expertinnen in der Verkehrsplanung, in der Holding

und auch in allen anderen Abteilungen der Stadt Graz zu unterstützen. Wir tun es, weil wir eben nicht nur auf Zuruf agieren, sondern unsere Expertinnen auch wertschätzen. In diesem Sinn großes Danke, dass Sie das eigentlich alles immer über die ganzen Jahrzehnte ausgehalten haben.

Vorsitzwechsel – Bgm. Kahr übernimmt den Vorsitz (15.38 Uhr)

Stadtrat **Riegler**:

Liebe Frau Bürgermeisterin, ich würde jetzt gerne wirklich von dir wissen, was genau du jetzt an den letzten Wortmeldungen von Georg Topf, von meiner Person und von Markus Huber als unsachlich, untergriffig oder unwahr bezeichnen möchtest. Es ist nun einmal eine Tatsache, dass wir in den Jahren 2017 bis 2021 alle diese Projekte, die momentan gerade stattfinden, nicht nur durchgetragen, sondern auch teilausfinanziert aus dem Land haben. Es wurde uns tatsächlich, insbesondere der Grünenfraktion, jahrelang ständig der Vorwurf gemacht, es geht nichts weiter beim ÖV-Ausbau, es wird nichts getan. Wir haben Dinge benannt, insbesondere eben auch den Koralmbahnausbau, insbesondere auch die Blockadepolitik gegen eine Mini-Metro, gegen eine Minus-1-Lösung, die eben notwendig wäre, damit man eben 35 % zusätzliches Fahrgastaufkommen irgendwie bewältigen kann. Es hilft nichts, wenn Sie den Autofahrern keine dritte Spur geben in der A9, es hilft nichts, wenn Sie den Leuten sagen, sie dürfen nicht mehr in Graz parken. Genau das Gegenteil ist der Fall. Ich möchte noch ein sachliches weiteres Argument hinzusetzen und da muss man nicht lachen, Judith, sondern ich meine es wirklich ernst. Es hat letzte Woche auf Ö1 eine hochinteressante Radio-Diskussion Punkt 1 gegeben, die kann man nach drei Wochen nachhören und da wurde genau über jene fehlgeleiteten politischen, verkehrspolitischen Maßnahmen diskutiert, warum es jetzt heute dazu kommt, dass

man ständig im öffentlichen Personennahverkehr ständig Verspätungen von einer Stunde hat. Ich habe selber das Klima-Ticket, ich fahre selber mit dem Klima-Ticket und von 50 % der Fahrten, also von 100 % der Fahrten, sind mindestens 50 % mit einer Stunde Verspätung. Warum ist das so? Warum muss im Moment in der Ostregion sogar die ÖBB reihenweise Verbindungen schließen, weil zum Beispiel und hören Sie, hört sich wirklich diese Sendung an, auf Ö1, wo Fachexperten darüber sprechen, zum Beispiel, weil man in Wien gesagt hat, ok, man macht eine flächendeckende Kurzparkzone. Jetzt können dann plötzlich Einpendler, die früher mit dem Auto gekommen sind, nicht mehr rein. Was ist die Folge? Die Züge sind so überfüllt und reißen solche Verspätungen auf, dass die Leute nicht mehr, dass die ÖBB diesen Mehrbedarf nicht mehr schaffen und das ist genau der Punkt, das war ein sachlich von mir vorgetragenes Argument. Ich lasse mir von dir nicht immer, Elke, schulmeisterlich vorwerfen, dass etwas unsachlich oder verunglimpfend wäre. Wir sind zutiefst in einer sachlichen Diskussion. Dass, wenn ich zusätzlich 35 % mehr Passagieraufkommen habe aufgrund von Pendlerbewegungen, da muss ich mir rechtzeitig, frühzeitig überlegen, wie bringe ich dann diese Menschen, die tagtäglich mit dem Zug kommen sollen, tatsächlich auch zu ihren Arbeitsplätzen und zu ihren Studienplätzen. Das ist ein zutiefst sachlich vorgetragenes Argument und darauf habe ich keine Antwort bekommen. Ich würde wirklich gerne wissen, was du genau an den Ausführungen von Markus Huber, vom Kurt Hohensinner, von mir und von Georg Topf unsachlich und verunglimpflich empfunden hast.

Gemeinderat Piffl-Percevic:

Sehr geehrte Bürgermeisterin, Frau Vizebürgermeisterin, liebe Alle. Ich möchte jetzt meinen sachlichen Beitrag abliefern.

Ja, es geht um die Zukunft unserer Kinder, da bin ich sehr emotional, ich habe selber vier Enkelkinder, Gott sei Dank. Wenn du das vorhast, werde ich heuer zur goldenen

Hochzeitsfeier erscheinen, bei dir, Elke, wenn ich eine Einladung bekomme. Wenn es meine Frau so lange noch mit mir aushält, also bitte, vielleicht schaut sie zu.

Ich nehme das sehr ernst, was ihr sagt, Frau Bürgermeisterin und Frau Vize-Bürgermeisterin. Zum Beispiel, Judith, du hast geschworen, die Partnerschaft aller Verkehrsteilnehmer. Auf der Spitze der Pyramide ist der Fußgänger, ist der Radfahrer. Mein Puch-Rad steht im Hof wie jeden Tag, ich habe auch ein Klima-Ticket damit, ich werde es jetzt gleich abhacken, ihr kennt mich, ich brauche dazu eher nichts sagen. Fußgänger, Radfahrer, dann kommt, das werde ich dann noch begründen, lange nichts, dann kommt irgendwann der ÖV und die Autofahrer. Das hast du genannt. Die sollen partnerschaftlich umgehen. Ich nehme das sehr ernst. Weil einen Tag bin ich Autofahrer, einen Tag, zehn Tage bin ich Radfahrer und ich bin dann immer auch eine andere Person, das gebe ich zu, dieser Appell ist richtig, nur die Verkehrsproblematik besteht nicht nur aus Fußgängern, Radfahrer und Autofahrer. Da oben stehen die Anrainer, du kannst keine Verkehrspolitik machen, ohne dass du zu allen partnerschaftlich bist. Da sitzen die politischen Vertreter, da gibt es keine Partnerschaft, da gibt es Vertröstungen und Verschiebungen. Beispiel, im letzten Ausschuss haben wir eine Sondergemeinderatssitzung gehabt, das war im Juni 2022, weil wir schon ein Unbehagen hatten. Dann hast du, ja, dass danke ich und das sage ich ohne jede Einschränkung, dass du dich bemüht hast. Wir haben uns auch bemüht, zu diesem einstimmigen Beschlussweichenstellung ÖV, weil es ist uns ein Anliegen der L-Gesetz herausgegangen, sehr wohl, und wir wissen, es braucht eine Vorbereitungszeit. Nur was folgt denn, nachdem du uns, wir stehen dazu, dass wir dazu gestimmt haben und unsere Punkte sind auch drinnen, nur danach haben wir nichts mehr gesehen. Ich sage dir, so wie ich hier stehe, ich fühle mich gepflanzt. Entschuldige, ich möchte einen anderen Ausdruck nicht verwenden, das fühle ich mich. Beispiel dafür: Du kündigst im letzten Sonderausschuss, im Planungsausschuss, den wir schon beantragt haben, weil überhaupt nichts weitergeht, von Energie, von Vorrüning oder von mir was anrennen oben. Da hätten wir dir geholfen, nichts

dergleichen. Du bist in einer einzigen Defensive, deine Beamten brauchen keine Verteidigung, das sind großartige Leute. Nur ihr Potenzial kommt ja nicht zur Geltung. Wir wissen und Georg Topf und ich, weil ja, wir waren Beamte, wir kennen die Schnittstelle von der Politik zur Beamtenschaft. Wie kaum jemand anders, entschuldige, gibt es auch hier Leute, die das vielleicht kennen. Ich kenne diese Feinheiten, wo ein Beamter das machen darf, was er für richtig hält und wo genau das Gegenteil der Fall ist. Wir spüren es überall, dass hier die Politik eingreift und ich gehe jetzt noch weiter, weil ich auch in einem politischen Büro im Land, über 13 Jahre Sekretär für den Kabinettschef, zwei Landeshauptleuten, ich kenne diese Geschichten. Du hast auch hervorragende Leute in deinem Büro, ich ziehe den Hut, Akademiker oder nicht Akademiker. Ich habe das Gefühl, dass sie nicht ihr Potenzial zum Wohle der Bürgerinnen ausspielen können. Du machst die Politik und kein Beamter sollte je hier angegriffen werden. Und in der nächsten Periode, jetzt komme ich kurz zur Straßenbahn, weil das ist eigentlich mein Thema. Straßenbahnplanung kann man nur vornehmen, wenn man ein Netz aufspannt wie ein Spinnennetz, mit radialen Strängen, mit Tangentialen Strängen, und Knotenden. Sonst wäre es ja kein Netz. Die GKB in der Zulaufstrecke, das ist die einzige S-Bahn, die wir jetzt greifen können. Wo wir deine Ernsthaftigkeit messen können, das funktioniert ja hinten und vorne nicht. Dieses GKB-Projekt, das jetzt umgesetzt wird, in Aussparung der Anrainer, täglich für neue Kundtungen, auch im Netzplan kundgetan. Diese Variante wurde erstellt aufgrund des tragischen Busunglücks mit einer Buslenkerin im Jahr 2018. Damals galt es, so schnell wie möglich Sicherheit zu schaffen. Das hat mit einer S-Bahn-Funktion der GKB, wie du sie uns vormachen willst und wie wir sie wollen, überhaupt nichts zu tun. Prüfstein dafür, ein Nahverkehrsknoten Kärntnerstraße, jeder hier einen Stock tiefer bei der Pressekonferenz von Herrn Hüsler, der mit viel Geld von Land und Stadt beauftragt wurde, eines seiner ersten Feststellungen war, das wird nur funktionieren, wenn von Stadtgrenze hereinkommen die S-Bahn bei der ersten Möglichkeit, die Passagiere auf die nächstmögliche Straßenbahn abladen kann und umgekehrt.

Die GKP fährt herein über Straßgang, über den Busknoten Kärntnerstraße, nach eurem Plan über den Busknoten Kärntnerstraße, ja in der Rossegerstraße ist halt zufällig die Südwestlinie, da vernetzen wir es sonst, sonst 0 Meldung?

Du kündigst auf unsere Frage im Sonderverkehrsausschuss im November, auf unsere Frage, wie es steht mit dem weiteren Straßenbahnausbau, sagst du, da ist die Potenzialanalyse, wir haben es heute gehört zum Kollegen Feigl, die ist noch nicht spruchreich, die ist noch nicht in Gang, keine Antwort, Vertröstung, nicht einmal ein Datum, ja, Entschuldige, früher oder 2024 ist genannt worden und du kommst dann ein paar Wochen später her. Ich verlängere den Fünfer. Du hältst eine Information, die für uns wichtig ist, zurück. Du bist im Übrigen. Ich frage dich, was ist die Begründung, dass du jetzt vorlegen dieser Analyse. Du sagst, wir verlängern den Fünfer, weil wir wollen das. Wir sind ja nicht dagegen, aber wieso. Entschuldige, ich möchte wieder nicht in die Kiste greifen, aber sagst du uns jedenfalls nicht die Wahrheit. Du verfügst über ein Wissen, du sagst es uns nicht. Danke, ich bin schon am Ende. Ich habe eigentlich dem nichts dazuzufügen. Ich werde mich heute noch einmal melden, dann zeige ich euch wieder, Jörg Haider, der ist heute schon genannt worden, ohne den hätten wir die Koralmbahn nicht, auch nicht ohne Frau Landeshauptfrau Waltraud Klasnic, die zusammen mit ihm das vorangetrieben haben.

Ich zeige euch dann eine Tafel, vielleicht geht es damit einer Tafel leichter. Ich habe ein sehr gutes Beispiel, nicht aus Graz, leider, aus einer anderen Stadt, aber das werde ich euch noch sagen, danke.

Vorsitzwechsel – VizeBgm Mag. Schwentner übernimmt den Vorsitz (15.42 Uhr)

Klubobmann **Dreisiebner:**

Geschätzte Mitglieder des Gemeinderats, sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie, hier bis Ende Herr Nationalratsabgeordneter, ehemaliger Gemeinderat Kurt

Ecker ist anwesend, grüße dich. Der ehemalige Gemeinderat Klaus Eichberger von der SPÖ ist anwesend, grüße auch dich. Sehr geehrte Damen und Herren am Livestream, werte Stadtregierung, geschätzte Mitglieder der ÖVP.

Jetzt wollte ich eigentlich noch ein bisschen nachdenken, wie ist jetzt Anfang der Wortgewalt, die ihr da vorbringt, denn wenn ich jetzt zuletzt den Peter Piffl mir noch einmal Revue passieren lasse, dann glaube ich nicht dass ich ihn gerade im Grazer Gemeinderat stelle, wo ich vorher gesessen bin, sondern dass es der Nabel der Welt sein muss.

Wir werden quasi an einer Person beziehungsweise an einer Koalition Themen aufgemacht, die reichen von dem Projekt GKB-Modernisierung, Elektrifizierung und zweigleisiger Ausbau, wo Graz meines Wissens so gut wie keine Entscheidungskompetenz hatte. Die Frage ist auch, wann das passieren hätte müssen in gewissen Weisen, beziehungsweise auch haben wird, trotzdem wird hier natürlich seine Herrschaften aus Anrainerschaft beziehungsweise vom Verein da, Grüße auch, herzlichst, wird hier so getan, es könnten Elke Kahr, Judith Schwentner und irgendwer so machen und dann wird es geändert beziehungsweise in ihrem Sinne angepasst.

Die Unterniveau-1-Führung ist, glaube ich, schon lange bevor Elke Kahr Verkehrsstadträtin war, jedenfalls war Bürgermeister Nagl Bürgermeister. Ex-Bürgermeister Nagl Bürgermeister, wahrscheinlich war Eustacchio Verkehrsstadtrat, verworfen worden von Stadtplanung und Verkehrsplanung beziehungsweise natürlich auch von der GKB.

Des Weiteren wird hier der Bogen vom Nabel der Welt gespannt ins ewige Rom. Wir sind jetzt zuständig dafür, dass irgendwas in den ÖBB-Zielplan 2040 hineinkommt. Es gibt nämlich eine dementsprechende dreiseitige Presseaussendung der ÖVP, wo zehn Forderungspunkte drin sind, jetzt gleich. Sofort und noch schneller und umgehend und solche Dinge sind das quasi die Reiser an der Geschichte, zum Beispiel dieses Jahr noch mit der Südwestlinie den Baubeginn zu machen.

Elke Kahr hat gesagt, sie ist seit 1993 im Gemeinderat, ich glaube die Südwestlinie bzw. eine Neugestaltung des Griesplatzes und die Straßenbahnanbindung des Griesplatzes war zu einer Zeit von einer Ruth Feldgrill-Zankl, ÖVP für alle, die damals noch nicht auf der Welt waren und Vizebürgermeisterin, meine ich mir jetzt nicht ganz irre auf die Schnelle, damals schon im Gespräch. Sie ist 2011 in einen Planungsbeschluss gegossen worden unter der damaligen Vizebürgermeisterin und Verkehrsstadträtin Lisa Rücker. Dann ist viele, viele Jahre nichts passiert, es wurde ein bisschen umgedacht, dazwischen wurde gegondelt, auch eine Mini-Metro kam uns ins Haus und zwar übers Haus Graz. Wurde das beauftragt und nicht hier im Gemeinderat verabschiedet. Hätten wir alle diese Sonder-Schleifen und neuen Stadtversuche vielleicht ein Stück weit unterlassen und in der Ära des Herrn Siegfried Nagl und eurer Position als stärkste Partei, dann wären wir heute vielleicht mit dem S-Bahn-Netz, mit dem Straßenbahnnetz, mit dem S-Bahn-Tunnel durch die Stadt, dem Link zwischen der Südbahn und der Ostbahn, vielleicht wirklich so weit, dass es auch schon im Zielnetz stehen könnte. Nur diese Zeit, Entschuldigung, ist damals vergogelt worden. Einfach vergogelt worden und jetzt wird so getan, knapp zweieinhalb Jahre, nachdem diese Stadtregierung ihre Arbeit aufnehmen durfte im November 2021, dass jetzt auf einmal alles nicht mehr schnell genug geht.

2011, Planungsbeschluss, der Stand drin, die Südwestlinie bis zur Hummelkaserne, sprich Reininghaus-Süd, näher der Roseggerstraße, fährt im Jahr 2018.

Ich weiß nicht, ist das auch unsere Zeitrechnung oder was war da für ein Jahr 2018 gedacht? Nix, es ist immer wieder weggelegt worden, umgeplant worden, der Herr Eustacchio hat das nicht wollen, dann hat eben gesagt, durch die Brückenkopfgasse kann man nicht fahren und dieses und jenes und sonst etwas.

So, jetzt haben wir eine sehr klare Positionierung in Richtung Mobilitätswende, in Richtung der Klimaziele, wir gehen eins nach dem anderen an, aber wir können uns nicht in Riesenschritten dorthin bewegen, wo Planung, Technik, Ausschreibung, Finanzierung und viele, viele andere Fragen es einfach verunmöglichen.

Ich bitte höflichst um Verständnis, dass es nicht dieses Jahr schon zum Baubeginn der Südwestlinie kommen wird, die seit Zeiten einer Ruth Feldgrill-Zankl oder eines frühen Nagls nicht gebaut worden ist, obwohl oftmals versprochen, Stichwort noch einmal, Gießplatzanbindung.

Durch Sonne, Mund und Sterne, sagt der Günter Riegler, hätten wir Grüne, die damalige Regierung, gehaut, ja, ich bin zwölfherhalb Jahre hier im Haus, aber ich habe in sehr geringen Dosen und ich habe auch immer wieder mit entsprechenden Zeithorizonten und Planungshorizonten miteinberechnet versucht, den Herrn Nagl und der seinen dazu zu bewegen, zum Beispiel beim Straßenbahnausbau, beim Radverkehrsusbau, bei gewissen anderen Planungsanliegen, die uns wichtig waren und wichtig sind, die wir jetzt auch umsetzen können, weiterzumachen. Die Linie 1 unter Eustacchio als Verkehrsstadt da war er nicht einmal als Vizebürgermeister, beschlossen, sollte 2016 auswendig beginnen, 2019 abgeschlossen sein, der zweiglässige Ausbau Mariatroster-Ast, das ist damals schon liegen geblieben und wir haben immer wieder darauf hingewiesen, dass diese Dinge, Südwestlinie, Linie 1 etc., etc., wir haben auch über die Nordwestlinie gesprochen, dass das alles ein bisschen langsam geht.

So, ihr kommt hierher, schreibt es auf einer dreiseitigen Presseaussendung, dass in diesem Jahr noch dieses und jenes passieren muss und außerdem von Rom bis Chicago ist sowieso die Judith Schwentner, die Elke Kahr und die jetzige Koalition verantwortlich, nein Leute, so geht es nicht und deswegen wissen wir, dass wir mit sehr guten Mitarbeiter:innen, Beamten und Planer:innen, mit Partner:innen, die gewisse Studien machen, unsere Politik zur Klima- und Verkehrswende umsetzen werden und ich würde mir wünschen, dass ihr ein Stück weit mitgeht, mehr wäre es gar nicht. Danke.

Klubobmann **Pascuttini:**

Hohe Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte, werte Zuseher, lieber Antragsteller, lieber Karl, es ist die SPÖ, mit denen ihr noch regiert. Das ist jetzt, glaube ich, ein bisschen entfallen, nachdem du dich vor die Elke Kahr und vor die Judith Schwentner gestellt hast. Da kommt heute schon der verstorbene Ex-Landeshauptmann Jörg Haider öfter vor als euer Koalitionspartner bei dieser Diskussion.

Ich möchte noch über eine andere Person der vergangenen Zeiten sprechen, nämlich über die Lisa Rücker. Ich musste erleben, wie ich so 2016, 2017 angefangen habe, Politik in Graz zu machen, dass die Lisa Rücker, die etliche Jahre davor Verkehrsstadträtin war, vielen, vielen Grazer:innen, glaube ich, der absoluten Mehrheit, 80-90 % sehr, sehr negativ in Erinnerung geblieben ist. Aber was ich jetzt in den letzten Wochen merke, sie kommt positiver in Erinnerung zurück, weil die Leute sagen, nicht einmal die Lisa Rücker war so schlimm wie die Judith Schwentner jetzt ist. Das muss man ganz offen sagen, das hört man, und das sind die Wortmeldungen aus der Grazer Bevölkerung.

Jetzt muss ich aber noch bei der Lisa Rücker bleiben, weil wenn wir über die Josef-Huber-Gasse sprechen, wo der Markus Huber - der Wortwitz ist jetzt ungewollt - richtig ausgeführt hat, das letzte Mal beschließen wir Geld für ein Projekt, das ihr eh nicht wollt, das aber ursprünglich eure Verkehrsstadträtin Lisa Rücker, mit dem damals von dir jetzt so viel kritisierten Bürgermeister Nagl, lieber Karl, auf den Weg gebracht hat. Also man sieht, das ist grüne Verkehrspolitik. Ist man damals in einer Koalition, sagen wir, ja, Josef-Huber-Gasse, das machen wir. Jetzt, ein paar Jahre später, na na, so ein Schuß, aber zahlen wir halt die 1,3 Millionen Euro für nichts. Das ist die grüne Verkehrspolitik. Wobei ich auch gar nicht weiß, ob ich euch einen Vorwurf machen kann für die Verfehlungen, die ihr begeht, weil wenn man euch zuhört, kommt es mir so vor, als würden hier eigentlich die Abteilungsleiter und die Referatsleiter regieren. Immer wieder versteckt ihr euch hinter den Beamten. Ich weiß schon, das ist die

Strategie. Wenn die Opposition einen Angriff fährt, dann schicken wir zuerst einmal den Beamten heraus, dann nehmen wir ein bisschen was raus und dann reden wir die Sache schön. Aber ihr regiert und ihr habt immer regiert, weil ihr wart in der Proporzregierung, die dieses Haus nun einmal zu bieten hat, immer dabei. Da wart ihr Verkehrsstadträtin, da wart ihr einmal in einer Koalition, dann wart ihr in keiner Koalition. Ihr wart hier immer irgendwie mit dabei und ich spreche hier jetzt, lieber Karl, liebe Rote, liebe KPÖ, als einer zu euch, der bei den sinnvollen Projekten in der Vergangenheit mit meinem Club auch immer unterstützt hat, da kritisieren wir nicht nur, da geben wir auch euch ein Feedback. Und dann sind wir auch dabei, wenn ihr von unseren vernünftigen Ratschlägen etwas aufnehmt.

Aber bei vielen Dingen sind wir einfach nicht dabei, weil es einfach nicht vernünftig ist, was ihr macht. Und ich möchte noch einen Aspekt herausstreichen. Vieles ist ja schon gesagt worden, was besonders wichtig ist. Ihr vergesst nämlich, glaube ich, ein bisschen bei eurer Verkehrspolitik, dass ihr die nicht für die Radfahräder macht, für diesen Gegenstand aus Metall oder gegen die Autos, diesen Blechhaufen. Ihr solltet eigentlich Politik für die Bürger, für die Menschen machen, die auf diesen Radfahrädern sitzen, die in diesen Autos sitzen, die in den öffentlichen Straßenbahnen und im öffentlichen Bussystem damit verkehren. Für die müsst ihr Politik machen, für die macht ihr keine Politik. Ihr fürchtet euch ja sogar davor, diese Menschen in Entscheidungen mit einzubeziehen.

Gehen wir es chronologisch durch. Am 10. Juni 2022 haben wir einen Sonderverkehrsgemeinderat gehabt. Was habe ich dort gefordert, was wurde abgelehnt? Ja, natürlich eine Volksbefragung. Nein, nein, wir machen das, was wir gut finden. Ok. Schauen wir uns eine GKB-Ausbau an. Wo ist die Bürgereinbindung, wo ist die Bürgerbeteiligung? Nichts. Letztes Mal hat der Kollege Winter nachgefragt, Frau Verkehrsstadträtin, wie schaut es aus mit der im Gemeinderat beschlossenen Bürgerversammlung und der Einbindung der GKB? Na, das hat es bis jetzt noch nicht gegeben. Und dann bringt aber die Verkehrsstadträtin als Beispiel etwas ins Spiel, was

sie gar nicht will, nämlich eine Abstimmung, wie sie in Paris stattgefunden hat. Dort hat man zuerst abgestimmt und dann hat man die Gebühren für die SUVs erhöht. Warum macht man diese Abstimmung nicht auch in Graz? Weil ihr euch davor fürchtet, dass ein klares Nein von der Bevölkerung zurückkommt und dann ist es blöd zu erklären, wenn man dann trotzdem das macht, was man heute für richtig hält, gegen den Willen der Bevölkerung. Ihr versteckt euch vor der Bürgerbeteiligung, ihr versteckt euch davor, was die Menschen wirklich über eure Verkehrspolitik denken und es gibt halt diese Unzufriedenheit.

Eins sei an dieser Stelle schon noch gesagt, und das bemerke ich in den Diskussionen immer wieder: Austeilen tut ihr gern, einstecken wollt ihr nicht. Und ich sage auch nicht, dass ihr austeilte, aber ihr habt eure Leute, die für euch austeilten und heute war in dieser Diskussion von den Vorrednern überhaupt nichts untergriffig. Untergriffig sind maximal die Ausflüsse, die geistigen Ausflüsse auf Twitter von dem einen oder anderen Ehegatten der hier Regierenden. Das kann man einmal ganz klar so sagen. Da war heute nichts untergriffig, ich war es auch nicht.

In diesem Sinne bitte ich euch, dass ihr zu einer Verkehrspolitik zurückkehrt, die für alle Menschen in dieser Stadt das Ziel hat, es etwas besser zu machen. Ihr habt jetzt ja oft eine Vorstellung von der Vergangenheit, die nicht die meine war. Ich bin selbst mit dem Bus zur Uni gefahren, ich bin selbst mit der Straßenbahn zur Uni gefahren. Es hat auch früher den öffentlichen Verkehr gegeben, aber bei diesen Strecken hat sich nichts verbessert. Die Takte sind nicht ausgeweitet worden, die Busse fahren gleich selten in gewisse Randbezirke, wie sie es vor euch getan haben. Da schafft ihr keine Verbesserung, da schafft ihr den Ausbau einfach nicht.

Ich kann noch abschließend eine Anekdote erzählen. Damals, die Verkehrsstadträtin Elke Kahr in der Raach im Pfarrsalz, haben wir gegessen, ah, gegessen und haben später etwas gegessen. Aber davor sind wir nur gesessen mit den Menschen, haben uns darüber unterhalten, wie schlecht die Raach angebunden ist. Was ist passiert fünf Jahre später? Nichts, nichts! Ich kriege eine Anfragebeantwortung zurück, dass die

Stadt nicht sagen kann, wem dort das Bushäuschen gehört. Gehört es der Holding, gehört es dem Ankündiger, der Stadt, uns wurscht. Das ist halt nicht ein Vorzeigeprojekt dieser Regierung, der Ausbau des öffentlichen Verkehrs in die Außenbezirke. Insofern ist es uns egal.

In diesem Sinne dürft ihr euch jetzt wieder darüber aufregen, was ich gesagt habe. Aber ich kann euch eines sagen, oder das würde ich euch raten, geht einmal raus, redet einmal mit den Leuten, die unter eurer Verkehrspolitik leiden. Nicht nur in den Klüngeln und in den Kreisen, in denen ihr sonst verkehrt. Geht einmal raus zu den Menschen, zu den Anrainern und fragt, was die von eurer Verkehrspolitik halten. Da werdet ihr nicht viel Gutes hören.

Gemeinderätin Hopper:

Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer hier im Saal, aber auch an den Bildschirmen, im Livestream.

Ich möchte die Möglichkeit nutzen, auch wenn es wirklich außerordentlich schade ist, dass die Frau Bürgermeisterin jetzt gerade nicht da ist. Ich glaube, dass wir in der Vergangenheit, ob es jetzt beim Sonderausschuss zum Verkehr war oder auch bei ganz vielen anderen Themen, schon gezeigt haben, dass uns der öffentliche Verkehr und die Verkehrssituation in Graz wichtig ist und dass wir gerade deshalb nicht nur die Frau Vizebürgermeisterin hier in Verantwortung sehen, sondern ganz klar auch Bürgermeisterin Kahr als Kopf dieser Koalition. Deswegen ist es schade, dass sie aktuell nicht da ist, aber ich bin mir sicher, sie hört gerade auch aufmerksam im Livestream zu. Ich darf vielleicht auf einige Punkte eingehen, die jetzt schon vorweggenommen sind. Es freut uns natürlich außerordentlich, dass unsere Presseaussendungen so intensiv rezipiert werden. Was uns allerdings eher verwundert, ist, dass der Karl Dreisiebner nur über einige der Forderungspunkte verwundert ist und das als total kurzfristig und unüberlegt darstellen möchte. Grundsätzlich vielleicht zu dieser Wortmeldung, es sind

nicht wir, die die Frau Vizebürgermeisterin, mit allen Fähigkeiten dieser Welt und allen Umsetzungsmöglichkeiten dieser Welt auszeichnen, das ist die Öffentlichkeitsarbeit der Frau Vizebürgermeisterin, die das immer wieder so darstellt. Wir allerdings sehen sie in der Verantwortung für die Bereiche, für die sie im Rahmen dieser Stadtregierung zuständig ist und in diesem Zusammenhang haben wir einige Forderungen verfasst, die im Wesentlichen keine Neuigkeiten sind, Karl, sondern eigentlich mehr Erinnerungen an Dinge, die wir bereits hier beschlossen haben.

Grundsätzlich zu dieser Diskussion einleitend hat Herr Feigl schon ausgeführt, was bereits alles passiert, bis auf die Tatsache, was die Forderungspunkte des Gesamtbeschlusses ÖV angeht, waren das alles Dinge, wo wir selbstverständlich dabei waren und jetzt auch nicht die Dinge, weshalb wir hier einen eigenen Tagesordnungspunkt hinaufgesetzt haben, es geht uns nämlich viel mehr um die Dinge, die nicht passieren, die Dinge, die uns noch fehlen. Es haben einige Kollegen schon wirklich sehr, sehr inhaltlich professionell und auch nicht herablassend oder sonst irgendwas, sondern tatsächlich faktenbasiert hier vorgetragen. Einiges kommt vielleicht noch. Ich möchte aber jetzt ganz kurz einen Exkurs zu den zehn Forderungen machen, damit die hier alle kennen, falls jemand unsere Presseaussendung noch nicht gelesen hat.

Nummer eins wäre auf einer Seite einmal die Aufnahme des S-Bahn-Tunnel-Konzeptes in das Zielenetz 2040 der ÖBB. Wir haben jetzt schon gehört, dass diese Minus-1-Geschichte schon drauf ist, also das ist anscheinend eh schon im Laufen. Aber ich glaube nicht, dass wir unsere Stadt Graz damit zufriedenstellen sollten, wenn es die Möglichkeit gibt, das dann auch vernünftig hinein zu verhandeln, wäre das etwas, was sehr, sehr wünschenswert ist. Es ist grundsätzlich dem auch schon zugestimmt worden. Wir würden uns nur nicht damit zufrieden geben, dass Minus-1 erwähnt ist, sondern das tatsächlich reingeben. Eine klare Forderung dazu.

Die zweite Forderung wäre eine umgehende Informationsveranstaltung für die Bürgerinnen und Bürger zu den geplanten Bauvorhaben entlang der GKB-Strecke,

insbesondere im Zusammenhang mit dem, was Georg Topf schon ausgeführt hat, nämlich der zweigleisige Ausbau, der doch mit einigen Veränderungen einhergeht. Da würden wir auch die Stadt und gerade die Verkehrsstadträtin in der Verantwortung sehen, hier tatsächlich auch zu informieren und Sicherheit für die Anrainerinnen und Anrainer zu schaffen.

Nummer drei, und das ist auch etwas, was ich Eingangs schon gesagt habe, ist auch die Bürgermeisterin aus unserer Sicht gefordert, in diesem Zusammenhang die Bewohnerinnen und Bewohner im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten dabei zu unterstützen, die Forderung eines weiteren UVB-Verfahrens voranzutreiben. Das ist etwas, wo sie die Möglichkeiten hat, wo wir uns sehr intensiv im Sinne der Bevölkerung wünschen würden, dass sie dem nachgeht.

Zu Dingen, die wir bereits beschlossen haben, wo wir uns einfach wünschen würden, dass das tatsächlich auch umgesetzt wird, es sind nicht nur komplett neue Sachen dabei, es sind Sachen, die aus unserer Sicht schon lange hätten erledigt werden sollen, nämlich die umgehende Einsetzung eines politischen Steuerungsgremiums Koralmbahn.

Und das möchte ich jetzt ganz kurz noch sagen, weil da vorher auch schon wild der Kopf geschüttelt wurde. Selbstverständlich haben wir uns darüber informiert, was der aktuelle Stand da ist. Es ist aber nicht der Fall, dass es ein Steuerungsgremium gibt, wo alle politischen Parteien vertreten sind. Das war unsere Grundforderung und die möchten wir hier an dieser Stelle noch einmal unterstreichen und hier einfordern.

Korrelierend dazu eine zentrale und dem Gremium Bericht erstattende Koordinationsstelle. Es gab noch keinen Bericht dazu in etwaigen Ausschüssen, gegebenenfalls bereits existiert, aber hier auch wieder zum Thema Information wäre eine tiefergehende Befassung des Ausschusses damit außerordentlich wünschenswert. Fünf, und das ist das, wo sich der Karl vorher ganz aufgeregt dazu geäußert hat, aber ich freue mich, wie gesagt, dass du es bis Forderungspunkt 5 geschafft hast. Ich bin sicher, du bist bis zu zehn durchgekommen. Der Baubeginn der Südwestlinie in diesem

Jahr. Wir haben vorher ganz viel gehört, wieviel jetzt bereits schon passiert, von der Baustelle, von den Beschlüssen, die wir in der Vergangenheit gefasst haben, wo auch wir als ÖVP mit dabei waren. Was allerdings noch ausständig ist, ist tatsächlich das Bekenntnis dieser Stadtkoalition, tatsächlich den Straßenbahnausbau voranzutreiben. Das wäre eine Möglichkeit, hier tatsächlich klare Fakten zu schaffen und das der Bevölkerung auch zu zeigen.

Nummer 6, zusammen mit den Straßenbahnen auch und ich bin mir sicher, dass der Peter dazu auch noch eingehen wird. Eine klare Prioritätenliste zum Ausbau der Straßenbahnlinien, wie das jetzt da weitergehen soll. Da hört man immer wieder verschiedene Dinge, von der Sprunghaftigkeit der Ankündigungen von der Frau Vizebürgermeisterin haben wir schon ein bisschen was gehört, aber da wäre eine klare Information auch wünschenswert.

Wir kommen gegen Ende hin zum Punkt 7, 8 Informationsbericht im kommenden Gemeinderat über die Zusammensetzung aller Gremien gemäß des Gemeinderatsbeschlusses Weichenstellung ÖV. Das habe ich vorher schon angesprochen. Ich spare mir eine zweite Wortmeldung und darf deswegen darum bitten, ein bisschen Geduld noch mit mir zu haben, damit wir das nicht aufdröseln müssen. Es gab Forderungspunkte, die wir hier mitgetragen haben. Es hat aber diesen heutigen Tagesordnungspunkt gebraucht, dafür, dass wir überhaupt einmal einen Einblick in den aktuelle Umsetzungsstand bekommen. Das ist etwas, was ganz klar in der politischen Verantwortung von Ihnen, Frau Vizebürgermeisterin, liegt. Sie sollten den zuständigen Ausschuss und den Gemeinderat darüber informieren, wie es eigentlich mit diesen Beschlüssen aussieht hier und die entsprechenden Gremien, die darin erstellt werden sollen, tatsächlich auch dem Gemeinderat vorstellen, ihn darüber informieren, wann die getagt haben, sowie den aktuellen Ist-Stand der einzelnen Antragspunkte tatsächlich zu kommunizieren.

Es wird auch noch eine Wortmeldung geben und das ist etwas, was auch schon vorher in der Wortmeldung von Stadtrat Hohensinner angeklungen ist, zum Park & Ride

Ausbau. Das ist etwas, wo wir sehr, sehr oft schon verschiedene Anträge gestellt haben, auch das sind keine Neuigkeiten. Es gibt allerdings fertige Konzepte, das weiß auch Klubobmann Dreisiebner, die umgesetzt werden können, wenn man das nur will. Das ist etwas, was nicht an der Abteilung, wo es nicht an der Abteilung liegt oder an den Fachkompetenzen, das ist eine ganz klare politische Entscheidung, dass Sie das nicht möchten, Frau Vizebürgermeisterin, und das ist etwas, wo man sich nicht dahinter verstecken kann, was vielleicht in der Vergangenheit schon beschlossen worden ist. Da würde es Ihre Initiative brauchen. Sie machen das absichtlich nicht. Wir werden aber dennoch dranbleiben, weil wir glauben, dass das eine sinnvolle Maßnahme ist, um den Verkehr in der Stadt tatsächlich zu reduzieren und nicht Park-Suchverkehr durchgehend zu schaffen.

Abschließend fordern wir des Weiteren einen Maßnahmenkatalog zu geplanten Bauprojekten, über die Information von, Entschuldigung, das ist ein Tippfehler, wir fordern die umgehende Information von Bürgerinnen und Bürgern sowie Bezirksräten zum Ausbau, wo bin ich jetzt hängen geblieben? Ich kann meine Schrift nicht mehr lesen, Verzeihung, zu den geplanten Bauprojekten von Park & Ride auch eine Information der Bürgerinnen und Bürger. Und das ist, was der Kollege Huber auch schon angesprochen hat, auch die ernsthafte Bemühung der Information von Bezirksräten und unseren Bezirksgremien, weil das ist, was Sie sich eigentlich immer wieder auf die Fahne schreiben, was aber offen bleibt und dem Sie eigentlich nicht nachkommen. Das können Sie noch so oft behaupten. Sie informieren die Bürger nicht, Sie informieren die Bezirksräte nicht, Sie informieren die Ausschüsse nicht und Sie informieren auch den Gemeinderat nicht. Und das ist untragbar, deshalb findet sich auch das in unserem Forderungskatalog. Ich freue mich auf die weitere inhaltliche Diskussion. Darf Ihnen die Forderungen danach im Anschluss auch gleich übergeben. Danke schön.

Gemeinderätin **Robosch:**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Stadtregierung, geschätzte Damen und Herren im Livestream und bei uns hier im Gemeinderatssaal.

Dass der Verkehr in Graz immer wieder einmal die Gemüter und die Diskussionen hitziger werden lässt, das weiß es ich schon seit 2017. Da habe ich das erste Mal hier im Gemeinderat an diesen Diskussionen teilnehmen dürfen. Aber, dass man sich hier als Kollege und als mehrere Kollegen hierhin stellt und auf eine Art und Weise versucht, Argumente und Sachpolitik zu verkaufen als sachlich, die eigentlich nur untergriffig fern von jeder lösungsorientierten Diskussion ist und dann sagt ihr, erklärt mir, wo ist das untergriffig? Erklärt mir, wo ist das untergriffig? Ich kann es euch gerne erklären, wenn ihr es erklärt braucht, wenn ihr es scheinbar nicht selber wisst, wenn ihr scheinbar das Reflexionsvermögen nicht habt, dass ihr wisst, was eine sachliche Diskussion ist und was keine sachliche Diskussion ist, dann bin ich gerne da. Wenn man sich dahinstellt und ernsthaft, als Alexis Pascuttini sagt, die Frau Vizebürgermeisterin wäre sogar schlimmer als die ehemalige Vizebürgermeisterin Rücker. Und wenn die jetzt quasi herhalten muss, damit man ein Beispiel machen kann, wie viel noch schlimmer jetzt die Vizebürgermeisterin ist. Oder wenn man vorher sagt, ja, und das und das und das ist alles nicht die Arbeit der Abteilung, sondern es ist alles nur das Fehlverhalten und die Fehlentscheidung von der Vizebürgermeisterin und jetzt versteckt sie sich hinter dieser Abteilung, dann ist es einfach fern von jeder Faktengrundlage und untergriffig. Wenn man das hier sagen muss, dann sage ich das gern. Und ich bin eigentlich, ich habe das Gefühl gehabt, der Karl Dreisiebner hat das eigentlich schon gemacht, aber man muss es vielleicht noch einmal machen. Ich bin nicht so lange wie die Bürgermeisterin oder ich bin nicht so lange wie der Karl im Gemeinderat, aber doch schon seit 2017. Ich empfinde die Art und Weise, wie da gerade gesagt wird, wir tun nichts oder wir sind viel zu langsam oder wir haben keinen Ausblick, als extreme Geschichtsverdrehung. Also seit 2017 als extreme

Geschichtsverdrehung, weil wenn man da 2017 gesessen ist und nur über die Innenstadtentflechtung versucht hat zu diskutieren, nur über den ersten Ausbauschnitt von der Südwestlinie, die auch die Innenstadtentflechtung beinhalten soll und jetzt auch tut, dann war das ein reines "Machen wir es einmal so, machen wir es mal so, wir wollen das doch nicht". Ich bin bei mehreren Budgetreden hier gestanden und habe gesagt, wo sind jetzt endlich die Planungsmittel, wo sind endlich die Baumittel, wo sind allein die budgetären Mittel, damit man wirklich einmal nicht nur darüber reden kann, sondern wirklich einmal machen kann? Das erste Budget in diesen Mitteln war ein Budget von uns, von dieser Koalition, und es war kein Budget von Sigi Nagl oder von der letzten Koalition, die das nur aufgeschoben hat.

Und ich stelle mich auch als Baujahr 1994 und als jetzige SPÖ-Gemeinderätin gerne her und nehme die Erbsünde der SPÖ auf mich, dass die SPÖ, ja, den Schienenausbau eigentlich zurückgeworfen hat, weil wir Rückbauten vorgenommen haben in den 60er, 70ern. Aber auch wenn ich das jetzt mache und diese Übung hier mache, bringt das uns so unglaublich wenig in dem, was wir eigentlich erreichen wollen mit der Diskussion, und es bringt auch niemandem, der da heute zuhört, irgendwas, wenn man da jetzt sagt, so von wegen, ja und ihr tut da nichts und ihr tut da nichts und ihr habt damals nichts gemacht und ihr habt damals nichts gemacht. Das einzige, und ihr solltet das und das und das machen, weil, last time I checked, seid ihr auch immer noch in der, also die ÖVP ist immer noch in der Bundesregierung. Ihr könnt jetzt genauso, statt hier zu stehen und herumzuschreien zur Bundesregierung gehen und für all diese Dinge, die ihr da heute fordert, die nicht im Wirkungsbereich der Stadt alleine sind, könntet ihr jetzt genauso dafür werben. Aber ihr steht hier nur, schreit laut und zeigt mit dem Finger. Das ist so weit von jeder lösungsorientierten Verkehrspolitik entfernt, dass ich mir eigentlich nicht traue, jetzt hier zu sagen, wir kommen irgendeinen Schritt weiter mit diesem Tagesordnungspunkt, den ihr so stolz auf die Tagesordnung geschrieben habt. Weil das Einzige, was sich sehr wohl durch diese Koalition geändert hat, ist, dass man zum ersten Mal erlebt, dass man in dieser Stadt von gewissen

Themen, wo wir alle wissen, dass wir sie brauchen, in der Stadtentflechtung haben wir es schon genannt, aber auch ganz viel andere öffentlichen Verkehrsausbau, die wir alle wissen, dass wir brauchen, zum ersten Mal all diese Pläne auch konsequent verfolgen und damit könnt ihr scheinbar nicht umgehen und damit müsst ihr jetzt da stehen und rumschreien und zu sagen, es geht uns alles viel zu langsam, aber diese Diskussion hat uns eigentlich nichts gebracht außer heiße Luft.

Vorsitzwechsel – Bgm Kahr übernimmt den Vorsitz (16.16 Uhr)

Gemeinderat **Brandstätter:**

Werter Stadtsenat, hoher Gemeinderat.

Wir haben jetzt sehr viel gehört. Das Letzte, was wir gehört haben, ist Erbsünden anzuerkennen, ist zwar nett, bringt aber nichts. Ich weiß nicht, ob Sie, Frau Robosch, die Verteidigungslinie der Opposition in den letzten zwei Jahren, der Regierung in den letzten zwei Jahren verfolgt haben, weil egal, welches Thema man anspricht, ob vom Verkehr, vom Budget oder welchem Thema, die einzige Verteidigungslinie ist immer, ihr wart ja so böse, ihr wart ja so schlecht, euer Fehlverhalten ist der Grund dafür, warum wir jetzt nicht alles besser machen können, weil wir würden eh.

Und nein, Herr Dreisiebner, wir sind nicht der Nabel der Welt, auch wenn manche mit dem Weltbürgermeisterinnen-Titel das vielleicht in ihrer internationalistischen Denkweise glauben mögen, aber wir können ein bisschen über unseren Tellerrand hinausschauen, wenn uns schon der Weltbürgermeistertitel verliehen wird.

Und wenn man das tut, dann kommt man auch darauf, dass wir Stadt Graz selbstverständlich eine ganz wesentliche Rolle im Herzen Europas, aber auch in den Süden strahlend, sogar bis nach Rom in unserer Funktion haben.

Und dann ist es ok, dass man sagt, nein, das sollen alle anderen Stellen lösen, aber es wäre schon auch wichtig, etwas selbst zu tun.

Und das einzig Positive, was ich bis jetzt aus dieser Debatte von Ihrer Seite mitnehmen kann, ist, dass wir ein massives Einsparungspotenzial haben, weil wir haben nicht nur den offensichtlichen Finanzstadtrat Müller, wir haben jetzt auch einen Verkehrsstadtrat Feigl, weil der wird vorgeschickt von der Koalition, um zu erklären, wie diese politischen Entscheidungen getroffen werden und man verteidigt es nicht einmal mehr selbst. Und das ist deswegen verwunderlich, weil wir haben Sie, Frau Vizebürgermeisterin, nicht als Gestalterin der Stadt bezeichnet. Das waren schon noch Sie, die im Interview groß gesagt haben, "ich gestalte diese Stadt", und dann zu sagen, "ich kann eigentlich eh nichts entscheiden in dieser Stadt, das machen die Abteilungen, das machen die Stellen und die schlagen mir etwas vor und ich bin da eigentlich gefesselt und tue gar nichts". Sie müssen sich schon entscheiden, ob Sie jetzt gestalten oder nicht gestalten, ob Sie Gestalterin dieser Stadt sind oder ob Sie Einsparungspotenzial haben beim kommunalen Plus und wir vielleicht deswegen trotzdem die Bezirksräte retten können.

Aber zu den Details, wir reden jetzt über einen Zielnetzplan 2040, in dem offensichtlich der S-Bahn-Tunnel, der eine sehr wichtige Ergänzung für den Pendlerverkehr wäre, nicht vorkommt. Das heißt, wir reden von einem Umsetzungshorizont im Jahr 2060, frühestens, falls es dann doch irgendwann eine Regierung gibt, die das in diesen Plan hineinverhandelt. Das heißt, wir haben bis dorthin weiterhin ganz viele Pendlerinnen und Pendler, die nach Graz kommen, und wir brauchen Lösungen für dieses Problem. Wir brauchen sie nicht 2040 und auch nicht 2060, sondern jetzt. Wir müssen uns fragen, was wir Stadt Graz in diesem Bereich tun können. Da haben wir vieles heute schon besprochen. Wir haben auch die Park & Ride Anlagen ganz klar angesprochen. Sie sind auch kurz auf der Folie vorgekommen. Aber worüber niemand redet, es gibt fertige Ausbauprojekte am Stadtrand von Graz. Murpark zum Beispiel, könnte man morgen starten, den Bau zu beginnen. Wir werden uns alle einig sein, dass das ein Ort

ist, wo ganz viele Pendler kommen, wo wir perfekt angebunden sind an die Straßenbahn und wo wir wirklich viel Pendlerverkehr abfangen könnten. Sie machen es einfach nicht. Ganz viele andere Projekte. Wir haben den Park & Ride in Webling zum Beispiel, der zurzeit als Anrainerparkplatz fungiert, wo wir massives Potential hätten. In Wetzelsdorf bräuchten wir dringend eine Lösung, damit alle Leute, die aus dieser Richtung nach Graz kommen, auch eine Anbindung an die Linie 7 haben, die zurzeit nicht stattfindet. All diese Dinge wären in ihrer Verantwortung. All diese Dinge kann man machen, und das Gegenargument ist immer eins: Diese Dinge sind zu stadtnahe. Entschuldigung, wo sollen wir denn die Leute, die aus dem Westen kommen, abfangen, wo sollen wir die Leute aus dem Osten abfangen, wenn die gar keine andere Möglichkeit haben, als bis zur Straßenbahnlinie zu fahren? Das schaue ich mir an mit einem Bus, der zweimal am Tag fährt. Da werden wir nicht viele Pendler abfangen. Und dann sind Sie der Grund dafür mit dieser Argumentation, dass wir auch in Zukunft die 100.000 Pendlerinnen und Pendler jeden Tag durch unsere Stadt fahren haben. Und dann müssen Sie den Leuten erklären, warum wir hier keine Verbesserungen haben, die dringend notwendig wären, weil die würden tatsächlich etwas verbessern, wenn wir da am Stadtrand unsere Möglichkeiten ausnutzen würden und nicht über Luftschlösser in 20 oder 40 Jahren reden.

In diesem Zusammenhang kann man vielleicht eines sagen. Es ist, und ich sehe das Argument ja schon vor mir, es ist ja schon jedes Mal gekommen, wenn hier junge Leute ihre Meinung kundtun. Ja, Frau Bürgermeisterin, Sie sind seit 30 Jahren in diesem Gemeinderat. Ich weiß nicht, ob das aussagt, dass Sie einfach sehr lange Berufspolitikerin sind oder ob es etwas anderes aussagt, aber es sagt sicher nicht aus, dass Sie jungen Leuten vorwerfen können, die damals noch nicht einmal geboren waren, wie Sie schon politische Ämter begleitet haben, dass sie sich nicht auskennen würden oder nicht wissen würden, worüber sie reden, weil es ist selbstverständlich wichtig, dass gerade junge Leute, die von diesen Entscheidungen, die Sie jetzt treffen oder nicht treffen, noch lange betroffen sind, auch so getroffen werden, dass sie in

Zukunft sinnvoll sind. Das Altersargument, und dass ich sitze schon so lange hier, ist höchstens ein Argument für Sesselkleben, wie Sie es bezeichnen würden, aber sicher nicht dafür, dass man aufgrund von Erfahrung anderen sagen kann, dass man alles besser weiß. Das ist oberlehrerhaft und nicht notwendig und entbehrlich.

In diesem Sinne wäre es dringend notwendig, dass Sie, Frau Bürgermeisterin, gegenüber Ihrer Vizebürgermeisterin auch Verantwortung wahrnehmen, denn offensichtlich hat man den Blick auf die Bürgerinnen und Bürger in diesem Thema vollkommen verloren. Vielen Dank.

Stadtrat **Hohensinner:**

Ich sage danke für die sehr sachliche Diskussion. Über den Verkehr müssen wir diskutieren, hier im Gemeinderat, das hat die lange Diskussion heute auch gezeigt. Ich bin ein bisschen enttäuscht über die Koalition, ein bisschen ist eigentlich untertrieben, ich hätte mir heute wirklich strategische Überlegungen erwartet, konkrete Projekte, aber die Anna hat das auf den Punkt gebracht, du hast gesagt, es ist heiße Luft und von dieser heißen Luft haben wir leider nichts. Ich möchte auch sagen, Untergriffigkeiten hat es nicht gegeben. Ich möchte auch den Alexis Pascuttini da in Schutz nehmen, wenn er sagt, die Rücker war schlimm oder hat eine schlechte Politik gemacht. Das muss man, glaube ich, in der parlamentarischen Auseinandersetzung auch aushalten. Er hat das auch mit Argumenten untermauert, also untergriffig war hier nichts. Bei der Redezeit hast du auch angemerkt, ja, jetzt hat der ÖVP-Gemeinderat zu lange geredet. Die Frau Bürgermeisterin hat alle länger reden lassen, die Frau Vizebürgermeisterin hat gleich einmal vier Minuten überzogen. Wir merken halt immer, wenn ihr in die Enge getrieben werdet, dann sind alle anderen schuld, nur nicht die Koalition selbst. Das Argument, warum nichts weitergeht, dass man sagt, ja, die Vorgängerregierung ist schuld, also ich komme ja aus dem Sport und ich kann nicht

immer den Trainer von vor zweieinhalb Jahren verantwortlich machen, wie die Mannschaft jetzt spielt. Das geht einfach jetzt nicht mehr rein.

Ich möchte noch einmal auf die sachliche Ebene zurückkommen. Wir haben einige Punkte heute angesprochen, und diese Punkte wurden leider überhaupt nicht beantwortet. Mit dem Zielnetzplan ist schon sehr stark herausgekommen, dass du, liebe Frau Vizebürgermeisterin, in Wien bei deiner Parteikollegin nicht durchgekommen bist. Bis jetzt steht noch nichts drin. Jetzt kriegen wir in Aussicht gestellt, dass bei der Überarbeitung dann ein Satz drinnen stehen wird. Das ist heute vom Fachbeamten gekommen, dass es zu einer Stadtdurchquerung kommt. Nicht einmal S-Bahn-Tunnel wird als Wort in dem Rahmenplan drinnen stehen. Das ist aus meiner Sicht wirklich, wirklich ganz schwach. Das ist fast eine Ohnmachtserklärung in der Verkehrspolitik.

Ein weiterer Punkt, Martin Brandstätter hat das angesprochen. Ich kann es wirklich niemandem erklären. Mich fragen die Leute in Liebenau, warum wird Murpark Park & Ride nicht ausgebaut? Verstehe ich nicht. Ich finde auch, man kann überregional noch Park & Ride Parkplätze umsetzen, wenn man die Schienenverkehrsanbindung hat. Aber warum kann man jetzt nicht die fixfertigen Projekte angehen, wo die Leute wirklich bequem umsteigen können, und ich wiederhole mich, die Leute werden nur umsteigen von Auto in die Straßenbahnen, wenn es attraktive Angebote gibt?

Und das hast du in der Hand, Frau Vizebürgermeisterin. Zur Koralmbahn haben wir leider wieder nicht viel gehört. Ich habe auch keine konkrete Straßenbahnlinie von dir gehört mit dem Umsetzungshorizont, bis wann welche Straßenbahn zur Umsetzung kommt und möchte einfach schließen mit den Worten, die du heute in den Mund genommen hast, ideologisch und logisch, logisch für die Zukunft der Stadt, logisch für unsere Kinder ist es, dass wir eine Verkehrspolitik der Umsetzungen brauchen und die sehe ich derzeit bei dir nicht.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Dankeschön, wir haben jetzt 16:25 Uhr, wir müssen jetzt zu den Dringlichen Anträgen kommen, weil wir die Regelung getroffen haben, eigentlich ab 16 Uhr, dass die Tagesordnung unterbrochen wird und ich hoffe nur, ich war kurz auch unten, weil Sie wissen, heute ist ein Fußballspiel. Da sind die Emotionen recht hoch am Hauptplatz. Nein, und das ist gar nicht ohne. Können wir nur hoffen, dass die Steuergelder unserer Grazer nicht am Ende dieses Spiels massiv wieder gefordert werden. Es ist nicht ganz erfreulich, was man da wahrgenommen hat.

Unterbrechung der Tagesordnung 16:27 Uhr.